

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

200 (30.8.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.50 M., ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Restameize 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Oberschlesien

Berlin, 29. Aug. Die Unruhen in den ober-schlesischen streifen Großteil und Opava nehmen wieder zu. Es fanden neue Kämpfe zwischen polnischen Banden und der Sicherheitspolizei am Ort Malabane statt. Den Insurgenten wurde ein leichtes Maschinengewehr und Dumm-Dum-Geschosse abgenommen. Mehrere Banditen wurden verhaftet und in das ober-schlesische Kreisgefängnis übergeführt.

Paris, 29. Aug. In einer Besprechung der Vorkommission in Breslau, auf die das Blatt zurückkommen will, wenn vollständige Nachrichten vorliegen, sagt das „Journal des Debats“: Breslau liegt nicht im Abstimmungsgebiet von Oberschlesien, aber die Unruhen, die sich dort ereignen haben, sind Folgen der Agitation, die aus Anlaß der Bestimmungen über das Gebiet, das die Deutschen um jeden Preis den Polen entreißen wollen, eingeleitet hat, deshalb ist es notwendig, die Entscheidung nicht mehr länger hinauszuziehen.

Brno, 29. Aug. Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften erließen folgenden Aufruf: Nachdem die Polen durch Kurze und Versammlungen zur Ruhe gebracht, zur Waffenabgabe aufgefordert, die Aufnahme der Arbeit, Zurückziehung der Posten, Unterlassung der Hausjudung und Durchsicherung der Straßenbahnen durch ihre Leute gefordert haben, erziehen wir die Deutschen deutsche Bevölkerung, bei Eintritt der Ruhe sich jeglicher Gewalttätigkeit gegen die Polen oder Wiederbergung oder Nachsicht zu enthalten. General Landwehr hat ausgeführt, daß jeder, der die Geleise übertritt hat, die volle Strafe des Gesetzes treffen wird. Wir erwarten, daß die Bevölkerung der Aufforderung ihrer Führer Folge leisten wird.

Der russisch-polnische Krieg

Warschau, 28. Aug. (Durch Funkdruck.) Mit Rücksicht auf die noch immer geführte Fünftenverbindung mit der polnischen Abordnung in Rinsk telegraphierte der Minister des Auswärtigen an den Unterstaatssekretär Dombowski, er möge nach Warschau kommen, wo er Mitglieder der polnischen Regierung treffen werde.

Die polnische Regierung veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt: Der Sieg der polnischen Armeen ändert nichts an der Haltung der polnischen Regierung in der Friedensfrage. Der Entschluß der polnischen Regierung, eine gerechte Lösung des Konflikts mit der bolschewistischen Regierung herbeizuführen, könne niemals erfüllt werden. Wir führen keinen Krieg gegen die russische Nation und haben es nie getan. Wir wünschen keineswegs, uns fremdes Land anzueignen. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß freundschaftliche Beziehungen zur russischen Nation eine Grundlage für einen dauernden Frieden Osteuropas sind. Unsere Friedensbemühungen müssen aber vergeblich bleiben, wenn die Verbindung der polnischen Regierung mit ihrer Abordnung in Rinsk durch technische Schwierigkeiten des Fünftenvertrages und der Kurierverbindung gestört wird.

Amsterdam, 28. Aug. Die englische Presse ist im allgemeinen der Ansicht, daß die Polen Tschitschewin betreffend die Zurücknahme der Bedingungen über die Arbeitermitteln ein bezeichnendes Beispiel für die bolschewistische Propaganda bildet. Die Blätter meinen, daß der Verfasser der anstehenden Note sich zu viel einbilde, wenn er annehme, daß jetzt, wo die unumgängliche Bedingung aufgegeben worden sei, die Regierungen in London und Rom den Polen raten würden, den Rest der bolschewistischen Bedingungen anzunehmen, da sie sonst von den Parteien der zukünftigen Fünftenverbindung als Unschicklich angesehen würden. „Dieses charakteristisch bolschewistische Argument“, sagt „Daily Telegraph“, „wird sicher gehörige Aufmerksamkeit auf sich lenken und von amtlicher Seite widerlegt werden.“

Der „Generalstreik“ in Württemberg

Stuttgart, 28. Aug. Der Generalstreik hat heute begonnen. In der Industrie wird nicht gearbeitet. Die Straßenbahnen stehen still. Gas und Strom werden nicht mehr geliefert. Der Aktionsausschuss und die Gewerkschaften beraten. Die Organisationen der Verkehrsbeamten haben beschlossen, den Verkehr bei der Eisenbahn und der Post mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten.

Stuttgart, 29. Aug. Auch in Heilbronn wird der Streik so durchgeführt wie in Stuttgart. Die Eisenbahnen gehen reißend. Nach den vorliegenden Meldungen haben fast sämtliche wichtigen Betriebsinspektionen den Beschluß gefasst, nicht am Streik zu beteiligen. In Großkrotzenbach arbeiten sogar noch die Transportarbeiter. In Ulm hat eine Betriebsratsversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, die zwei kommunikativen Anträge, die Wahl von politischen Arbeiterräten und Beteiligung an Generalstreik abzulehnen. Sämtliche Bezirke Württembergs sind vom Streik völlig unberührt. Der Stuttgarter Beschluß zum Generalstreik ist durch Terror zustande gekommen. An der Abstimmung haben sich mindestens 25 Prozent Nichtstimmberechtigte beteiligt. Die Abstimmung geschah durch Handaufheben. In den einzelnen Betrieben fanden nachträglich Abstimmungen statt, bei denen erhebliche Minderheiten gegen den Streik waren. Die christlichen Gewerkschaften lehnen den Streik als vollständig ab. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat den Streik ebenfalls für seine Mitglieder als nicht verbindlich erklärt. Im Lande wird fast überall gearbeitet. Entschlossene Versammlungen finden zurzeit in den Städten statt. Die Mehrheitssozialisten haben in einer Versammlungsmännerversammlung beschlossen, sich offiziell am Streik nicht zu beteiligen. In dem Aktionsausschuss ist die Mehrheitssozialdemokratie durch zwei Mitglieder vertreten. Die Mehrheitssozialisten sind im allgemeinen über die Ergebnislosigkeit des leichtfertigen Streiks schon jetzt im Klaren. Allerdings werden jetzt die Arbeitswilligen aus einzelnen Betrieben mit Gewalt zu holen versucht.

Neutlingen, 29. Aug. Am Samstag mittags hat eine Betriebsratsversammlung nach lebhafter Aussprache mit 138 gegen 43 Stimmen bei einer großen Zahl von Stimmenthaltungen den beschlossenen Generalstreik beschlossen. Eine große Anzahl

von Versammlungsteilnehmern hatte sich vor der Abstimmung entfernt. Einige Betriebe haben sich für die Fortführung der Arbeit entschieden.

Die militärische Situation an der deutschen Ostgrenze

Berlin, 30. Aug. In einer Unterredung, die ein Korrespondent des „Berliner Lokalanzeigers“ mit einem Vertreter des Reichswehrkommandos über die Lage in Ostpreußen hatte, äußerte sich Letzterer über die weitere militärische Entwicklung, die Lage sei ganz ungewiss. Die Gerüchte von großen, russischen Truppenansammlungen seien wahrscheinlich sehr übertrieben. Bemerkenswert aber sei die Tatsache, daß die Polen an der Grenze Gräben und Verhinderungen mit der Front nach Deutschland bauten. Sie fürchten jedenfalls eine Verbindung Deutschlands mit Rußland. Ob die Polen sich damit begnügen, ihr Land vom Feinde befreit zu haben, oder ob sie über die Grenze hinausmarschieren werden, bleibt abzuwarten.

Erleichterungen beim Steuerabzug

Der Reichsfinanzminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß bis auf weiteres bezüglich des Steuerabzugs folgende Erleichterungen eintreten:

1. Uebersteigt der abzugsfähige Teil des Arbeitslohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 Mark, nicht aber den Betrag von 30 000 Mark, so sind bis auf weiteres von dem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt, 10 vom Hundert, von dem übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 vom Hundert einzubehalten.

2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres frei besondere Einkünfte für Arbeiter, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu sechs Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen.

Die Fremdherrschaft im besetzten Gebiet

Koblenz, 29. Aug. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat beschlossen, ihre Delegierten in den Kreisen Ludwigshafen, Neuf, Wörz und Krefeld die Ermächtigung zu erteilen, für den Zeitraum von zwei Monaten alle Steuern, Zinsen, Zinsen und Verzinsungen zu unterliegen, die die Sicherheit der Besatzungsstruppen zu gefährden geeignet sind und sofern es ihnen notwendig erscheint, den Aufenthalt auf den Straßen während der Nacht zu verbieten.

Schon wieder Mißverständnisse beim Reichsminister Dr. Simons

Berlin, 29. Aug. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons ist in Berlin eingetroffen. Während seines Aufenthalts in der Schweiz hat der Reichsminister eine Anzahl von Vertretern der Presse empfangen. Bei der Wiederholung der Unterhaltungen hat sich eine Reihe von Irrtümern und Mißverständnissen eingeschlichen. Gelegentlich der politischen Aussprache im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird der Minister Anlaß nehmen, sich auch über die in diesen Interimsberichten berührten Angelegenheiten näher zu äußern.

Und scheint, Herrn Dr. Simons passieren mehr Mißverständnisse, als für einen Staatsmann und sein Amt gut ist.

Schwere Krise in Petersburg

Kopenhagen, 29. Aug. „National Tidende“ meldet aus Petersburg: Alles deutet darauf hin, daß Petersburg zurzeit eine schwere Krise durchmacht. Jeder freie Handel ist verboten. Alle Geschäfte sind geschlossen. Es werden zahlreiche Hausarrestationen vorgenommen. Für die polnische Front werden zahlreiche Zwangsanschiebungen durchgeführt.

Drohender Eisenbahnstreik in Italien

Mailand, 29. Aug. Der „Secolo“ berichtet von einem bevorstehenden Streik der italienischen Eisenbahnen. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Eisenbahner, welche sich an dem letzten Streik nicht beteiligt hatten, in ihren Stellungen auftraten. In Palermo sind die Eisenbahner bereits in den Streik getreten.

Bergarbeiterstreik in England?

Paris, 29. Aug. Nach einer Meldung des „Journal“ aus London sind bei der Abstimmung der Bergarbeiter für den Streik 174 276 Stimmen und gegen den Streik 37 518 Stimmen abgegeben worden. Am Dienstag soll über den Streik der Bergarbeiter der Tripelallianz die endgültige Entscheidung fallen.

Friedensverhandlungen in Estland

London, 29. Aug. Tschitschewin hat die polnische Regierung gebeten, die weiteren Verhandlungen in einer Stadt Estlands abzuhalten.

Cholera und Hungersnot in China

London, 29. Aug. „Times“ meldet aus Peking: Mördlich von Sunan breitet sich die Cholera in das Gebiet von Tschüli aus. In der Umgebung der Peking-Bankan-Eisenbahn sind viele Dörfer schwer heimgesucht worden. Ganz Nordchina ist infolge des Ausbleibens von Regen von Hungersnot bedroht. Dazu kommen noch Verstorbenen, die durch große Schwärme von Heuschrecken verursacht wurden.

Ratschläge des Papstes an die Polen

Rom, 29. Aug. Laut „Idea Nazionale“ hat der Papst Polen angeraten, nicht über die Grenzen hinauszugehen und bei den Friedensverhandlungen einen verhältnismäßig weiten Weg zu zeigen.

Die englischen Sozialisten gegen den Generalstreik

London, 29. Aug. Der Volksgesundheitsausschuss des sozialistischen Bundes hat eine Entschließung angenommen, in der mit größtem Nachdruck gegen einen Massenstreik oder Generalstreik protestiert wird, da er Glend, Anarchie und schließlich den Bürgerkrieg über die ganze Bevölkerung bringen müßte.

Nicht Weltrevolution, sondern Weltfrieden!

Viele Zehntausende Soldaten der Roten Armee sind in Ostpreußen, aber sie sind nicht als die Vortruppen der Weltrevolution gekommen sondern als Flüchtlinge vor dem siegreichen polnischen Heere haben sie, um der Gefangennahme zu entgehen, die deutsche Grenze überschritten und sich entwaffnen und internieren lassen. Der Traum der Nationalbolshewisten von der unüberwindlichen roten Flut, die sich an Deutschland heranwölgt und dann über Deutschland hinweggehen den neuen Krieg am Rhein führt, der die Weltrevolution auch in die Ententestaaten trägt, ist vorläufig wieder einmal ausgeträumt. Die Weltrevolution marschiert — hinter Brest-Litowsk zurück.

Für das deutsche Volk kann man diese Wendung der Dinge nur als ein Glück — allerdings nur Glück im Unglück — bezeichnen. Deutschland hat wirklich nicht das mindeste dabei zu gewinnen und alles zu verlieren (um zu verlieren haben noch die Armen der Armen das Leben), wenn es zum Kriegsschaublatz für die Heere Sowjet-Rußlands und der Entente wird. Zweifellos würden die Alliierten, sobald die bolschewistische Heere das deutsche Gebiet betreten hätten, sich zunächst das Ruhrrevier militärisch gesichert haben, und damit wäre die dauernde Arbeitslosigkeit der gesamten deutschen Industriearbeiterschaft unabwendbare Tatsache geworden. Was immer am Ende aus dem großen militärischen Entscheidungskampf geworden wäre, er hätte Opfer gekostet noch tausendfach größer als der Weltkrieg.

Die Polen sind jetzt im Siegesübermut. Die polnischen und französischen Blätter rühmen um die Wette, die Marne-Schlacht, welche Polens Hauptstadt endgültig rettet und dem bolschewistischen Andrang ein für allemal Halt gebietet. Aber selbst wenn es so wäre — auf die Marne-Schlacht folgten vier lange Jahre Krieg, und sein Ende sah die Welt verarmt und verödet, und die Wiederaufrichtung ist auch heute noch kaum begonnen. Wollen die Polen, die ja gewiß nicht nach Moskau marschieren und die Sowjet-Herrschaft mit Gewalt zerstören können, wirklich einen endlosen Krieg auf sich nehmen? Spätestens im nächsten Frühjahr würden die bolschewistischen Machthaber aus dem unerlöschlichen Menschenworte Rußlands neue Heere zusammengebracht haben und den Kampf von neuem beginnen. Die ganze Welt, die nur im allgemeinen Frieden gedeihen kann hätte darunter schwer zu leiden. Jeder Schritt vorwärts, den die polnischen Heere jetzt noch in russisches Gebiet hinein, muß die nationalen Gefühle aller Völker ohne Parteinterdifferenz aufstacheln und ihnen der bolschewistischen Feind doppelt gefährlich machen.

Auf der anderen Seite ist es freilich gar nicht sicher, daß die Bolschewisten wirklich ehrlich den Frieden wollen. Sie haben im Augenblick ihre Forderung auf Schaffung einer Roten Garde in Polen zurückgestellt und zeigen sich wegen der militärischen Ungunst der Lage ein wenig nachgiebiger als vorher. Aber zugleich erlassen sie flammend nationalistische Aufrufe, wonach das Schicksal der Sowjet-Republik ganz von der endgültigen Verschmetterung Polens abhängt. Und vor allem hat, so lange die Sowjet-Republik existiert, sie noch keinen Tag vollen Friedens gehabt, sondern sich unaufhörlich durch den Krieg weiter erhalten aus dem sie entstanden war. Der Kommunismus mit seinem unbedingten Glauben an die Gewalt müßte seine Grundanschauungen und sich selbst aufgeben, wenn er darauf verzichten wollte, die Weltrevolution mit bewaffneter Hand weiter zu tragen. So hat sich bisher wenigstens die Sowjet-Republik Moskau in Siegen und Niederlagen nur immer weiter erlabt. „Dem Schwert erbaut, vom Schwert zerstört“ — Dies Reich hat nie dem Christ gehört.

Die deutsche Arbeiterklasse kann nur den einen Wunsch haben, daß beide Gegner, Polen und Rußland, sich möglichst bald soweit nähigen, daß auch im Osten der Friede einzieht. Und die Demobilisierung der Heere beginnen kann. Die politische Revolution ist in Deutschland vollzogen, die Demokratie ist hergestellt und wird umso leichter zu sichern sein, je weiter sich die Welt von Kriegsrisierungen und Kriegsstimmungen entfernt. Die soziale Revolution kann Deutschland in seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von den siegreichen Entente-mächten nur sehr langsam vorbereiten. Sie ist überhaupt nicht das Werk eines Tages oder eines Jahres, sondern das allmähliche internationale gleichmäßige Entwicklung. In dem Maße, wie die Kriegserinnerungen schwächer werden und der Appell an Vernunft und Gerechtigkeit offeneren Ohren findet, kann Deutschland sich wieder aufrichten und den Wohlstand wieder aufzubauen versuchen, der die unerlöschliche Voraussetzung für die Bewirkung des Sozialismus ist. Weder durch das wilde revolutionäre Geschrei, noch durch die schönsten Wirtschaftsprogramme kann die sozialistische Entwicklung jetzt hurtig vorwärts getrieben werden. Nicht die Weltrevolution, sondern der Weltfrieden ist es, den Deutschland jetzt braucht: denn er allein macht die Bahn frei zu der gründlichen Umgestaltung der Verfassung, die Wohlstand für alle schafft und damit zu Recht als Sozialismus bezeichnet werden kann.

Seite 8.
Karlsruhe
str. 115
gang
strasse.
Folgt
Woll- und
Seidens-
waren
billigster
Berechnung
angebracht.
agen,
m. Rollen
orm billig.
g. Karls-
alienstr. 59
t. f. Farb-
dortungen
ite. 4838
Raffin-
Klinge
ahn
allein-
schließen
n Wieder-
n. 591
er Uhr-
G. m. B. H.
Württh.
er-
ge
Feize,
und
jetzt
arbel-
zum
i. Für-
borg-
werden,
Fils-
zum
men.
Kumpf
str. 8
rade-
asse
aden)
Gold
Platin
auch
behalten
Preis
hrmacher
straße 16.
metall
hier, zu den
en läuft
straße 7,
Wühlburg.
ung.
& Co.
4984
stellen
nahme
k
3.80

Polen am Scheidewege

Von Reichsminister a. D. Dr. A. Brücker.

Polen ist hundert Jahre lang das Schicksal des westeuropäischen Liberalismus gewesen. Die deutsche Arbeiterklasse trat wie in anderer so auch in dieser Beziehung die Erbfolge des deutschen Liberalismus an. Auf allen internationalen Arbeiterkongressen wurde dem polnischen Kampf gegen das alte Rußland — gegen das alte Preußen — gegen das alte Oesterreich der Rücken gekehrt.

Der radikale Umsturz, der sich in dieser Beziehung seit einem Jahre vollzieht, zeigt Polen, wie schnell sich ein Land durch verkehrte Politik die Sympathie der Welt verlieren kann. Polen ist unter seiner bisherigen Regierung nicht das geworden, was die Demokratie Europas ihm seit hundert Jahren wünschte. Anstatt mit aller Kraft sich dem Wiederaufbau seiner zerstörten Wirtschaft — der Konsolidierung seines jungen Staatswesens — der Erziehung seines lebenden Volkes zu widmen, hat es ein ganzes Jahr lang gegen seine nördlichen und südlichen Nachbarn, gegen Deutschland und Rußland eine ideologische Kampfkampagne, der Vergeltung und der territorialen Expansion getrieben — eine Politik, die die nationalen Leidenschaften seiner Nachbarn unnötig aufkisseln mußte und heute in Europa einen Wind der Demokratie gegen Polen zu schaffen droht, der dem polnischen Volke zu denken geben sollte.

„Geographie ist Schicksal.“ Polens historische Aufgabe ist und bleibt, zwischen dem Westen und Osten Europas jenes kulturelle Zwischenglied zu schaffen, zu dem es nicht nur durch seine geographische Lage, sondern auch durch seinen Volkscharakter so gut qualifiziert ist. Polen sollte ein Element der Ruhe und Bindung in dem ungelösten Wirrwort des Ostens abgeben. Statt dessen ist es im letzten Jahre zu einem Element der Verunsicherung nicht nur für seine Nachbarn, sondern in den letzten Monaten für ganz Europa geworden.

Polen verdrängt sein augenblickliches staatliches Eigenes freiheitlich der Entente und vor allem Frankreich. Das wird Polen selbstverständlich nicht vergehen können. Flagrante Unanständigkeit ist nach einem Worte Bismarcks in der Politik wie im Privatleben nicht nur unehrenhaft, sondern auch unklug. Aber Polen wird ebenjenseitig vergessen können, daß sein Staat nicht lediglich aus der Rute- und Eisenpolitik von heute hervorgegangen ist. An seiner Wiege stand die europäische Demokratie. Machtverhältnisse vergeblich. Aber gegen die europäische Demokratie wird in Zukunft kein Staat auf die Dauer gedeihen können. Je eher Polen das begreift, desto besser für sein Land und für Europa.

In den Tagen, da unter dem Siegesjubel auch verirrter deutscher Arbeiter die russische Sowjetarmee Marschall zu überrennen dröbe, haben wir aus links- und rechtsradikalen Kreisen den Wunsch äußern hören, daß Polen wieder von der europäischen Karte verschwinden möge. Nun hat in der Tat Polen seit der Revolution besonders in der Behandlung der ihm durch Diktat zugesprochenen Deutschen Wege eingeschlagen, die jedes Abwehrmittel auf deutscher Seite entschuldbar erscheinen lassen. Aber das deutsche Volk, treibt seine Politik der Schandenrede oder der Waise. Vor allem aber muß gerade in diesen Tagen, wo Polens Ruhigkeit auf dem Spiele steht, offen und laut betont werden, daß das demokratische Deutschland an einem selbständigen Polen, das seine historische Aufgabe wirklich begreift, selber ein starkes Interesse hat.

Wie Polen sich innerlich regieren und verwalten will, ist seine Angelegenheit. Das kümmert uns ebensowenig wie die Frage, welches Regierungssystem sich das russische Volk gibt oder gefallen läßt. Als Deutsche, als Europäer, als Demokraten, die für das polnische Selbstbestimmungsrecht gekämpft haben, als Polens Gegner noch in der Fülle ihrer Macht sahen, erwarteten wir, daß Polen aus seinen imperialistischen Träumen von gestern erwacht und den Gesetzen der zwischenstaatlichen Demokratie auch und gerade im Verhältnis zu seinen Nachbarn Achtung erweist. Wir wissen, daß infolge der polnischen Politik des letzten Jahres alle seine Nachbarn von höchstem Mißtrauen gegen den jungen Staat, der die europäische Demokratie so unglücklich enttäuscht hat, erfüllt sind. Wir appellieren von dem Polen von gestern an das Polen von morgen — von der polnischen Regierung an das polnische Volk.

Die deutsche Sozialdemokratie — und sie am besten — hat den Eintritt ihrer polnischen Gesinnungsgenossen in das Kabinett der nationalen Verteidigung verstanden und gewilligt. Möge die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk, das in Zukunft mit Deutschland und Rußland gemeinsam und benachbart leben und arbeiten soll, die historische Verantwortung erkennen, die vor Europa zu übernehmen es sich anjährt.

Der Kampf um Moskau entbrannt

Der offene Konflikt bei den Unabhängigen über Annahme oder Ablehnung der Moskauer Bedingungen zum Anschluß an die dritte Internationale ist reich ausgebro-

chen. Die „Leipziger Volkszeitung“ erklärt die 21 Punkte für unannehmbar und fordert ein einmütiges rundes umwundenes Unannehmbar. Sie will gespannt darauf warten, ob sich jemand bei den Unabhängigen finden wird, der die Annahme der Moskauer Bedingungen zu fordern wagt.

Sie braucht nicht lange zu suchen: der eine Vorkämpfer der Unabhängigen Sozialdemokratie, Ernst Däumig, der bei den Moskauer-Bisignern war, propagiert im Leitartikel der „Freiheit“ das unbedingte Herunter-schließen aller Moskauer Forderungen, den Ausschluß Kautskys und seiner Gesinnungsgenossen aus der U.S.B. und die Unterstellung der ganzen Partei unter das kommunistische Diktat. Andernfalls würde die U.S.B. aufhören, die Partei der wirklichen Revolution zu sein. Was Däumig und seine Freunde unter politischem Wirken im Sinne Moskaus verstehen, geht deutlich daraus hervor, daß er den Hauptnachdruck auf eine „militärisch-diktatorische“ Organisation legt. Die „allein ehrlichen“ Sozialisten finden der Weisheit letzten Kern in dem Schlußruf: „Es lebe der Willkürismus!“

Der Kampf um Moskau wird die U.S.B. in den nächsten Monaten voll beschäftigen und wir sehen seinen verschiedenen Stadien mit Spannung entgegen.

Die Mängel des neuen Reichs-versorgungsgesetzes

Von C. Delby, Geschäftsführer des Bundes Baden des Reichsbundes der Kriegseingesetzten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen.

In den deutschen Tageszeitungen erscheinen z. B. die verschiedensten Abhandlungen über das neue Reichsversorgungsgesetz, das die Nationalversammlung kurz vor ihrem Auseinandergehen verabschiedet hat, und in dem die Ansprüche der Kriegseingesetzten und Kriegshinterbliebenen gegenüber dem Staat geregelt werden. In diesen Aufsätzen, die zum größten Teil amtliche oder halbamtliche Urprüfungen sind, werden dem Leser die großen finanziellen Leistungen des Staates hinsichtlich der Versorgung der Kriegseingesetzten in einer Art vor Augen geführt, daß der Reiz die Überzeugung gewinnen muß, daß hier ein Gesetz geschaffen wurde, das hinsichtlich seiner finanziellen Leistungen und des in ihm verkörperten sozialpolitischen Fortschritts, unter den Kriegseingesetzten allzeit Anklang finden wird.

Um so mehr dürfte es die breite Öffentlichkeit interessieren, zu erfahren, daß das neue Reichsversorgungsgesetz wegen einzelner in ihm enthaltenen Bestimmungen in der Preise der Kriegseingesetzten und Kriegshinterbliebenen lebhafteste Verunsicherung getragen hat und für die nächste Zeit in allen Teilen Deutschlands große Protestkündigungen der Kriegseingesetzten gegen das neue Reichsversorgungsgesetz zu erwarten sind. Der Unwille der Kriegseingesetzten und Kriegshinterbliebenen richtet sich hauptsächlich gegen die §§ 63 und 64 des neuen Gesetzes, die als eine Sabotage des oben angeführten werden müssen. Die in diesen Paragraphen enthaltenen Bestimmungen, nach welchen bei einem reichseinkommensteuerpflichtigen Einkommen von 5000 M das Mähen der Rente in Höhe von 1/4 derselben beginnt und bei jedem um weitere 1000 M höheren Einkommen ein weiteres Teil der Rente ruht, werden insbesondere den fleißigen, energiebollen und strebsamen Kriegseingesetzten, wie auch die erwerbsfähigen Hinterbliebenen treffen, welche unter Anspannung ihrer letzten Kräfte bestrebt sind, in produktiver Hinsicht mitzuarbeiten am Wiederaufbau Deutschlands. Sofern die Streichung oder Milderung der Güten der §§ 63 u. 64 nicht in Wälde durch den neuen Reichstag beschlossen wird, so werden dieselben im höchsten Maße produktionsfälschend auf die Massen der Kriegseingesetzten wirken, da diese aus begründeten Gründen es vielfach ablehnen werden, sich abzurufen, um als Ergebnis ihrer letzten Kräfteanstrengung einen Rentenabzug gewärtigen zu müssen. Daß der Gesetzgeber diesen eminent wichtigen Gesichtspunkt bei der Fassung dieser Bestimmungen außer acht ließ, muß die meisten Volksteile mit Befremden erfüllen, die sich bewußt sind, daß die Förderung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitsenergie unseres Volkes eine der nächstliegenden Aufgaben zur Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind.

Die Kriegseingesetzten erwarten dem neuen Reichstag bestimmt, daß die §§ 63 u. 64 zum mindesten dahingehend abgeändert werden, daß eine Kürzung der Rente erst bei einem reichseinkommensteuerpflichtigen Einkommen von 10 000 M beginnt. Bei dieser Gelegenheit ist es aber auch dringend notwendig, zu prüfen,

ob bei Herabsetzung der Einkommensgrenze die Bestimmungen der §§ 63 u. 64 überhaupt noch aufrecht erhalten werden können.

Große Mißstimmung hat unter den Versorgungsberechtigten aber auch die Schaffung einer sogenannten Ausgleichszulage hervorgerufen. Darnach erhalten die Versorgungsberechtigten, je nach ihrem vor dem Kriege innegehabten Beruf einen Zuschlag zu ihrer Rente und werden hierzu die Kriegseingesetzten in drei Klassen eingeteilt. Der ungelernete Arbeiter erhält keine Ausgleichszulage, jedoch der gelernte Handwerker, Kaufmann usw. einen Zuschlag von 20% der Grundrente. Angehörige von Berufen, deren Ausübung erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordern, erhalten eine Ausgleichszulage von 50% der Grundrente. Ueber das Prinzip, ob die sozialen Verhältnisse, in denen die Versorgungsberechtigten vor dem Kriege gelebt haben, bei der Rentenfestsetzung Berücksichtigung finden müssen, braucht man sich solange nicht zu unterhalten, als den vollständig erwerbsfähigen Versorgungsberechtigten der untersten sozialen Schichten, welche keine Ausgleichszulage erhalten, an Rentenbezügen nicht soviel gehen werden kann, daß damit ein Existenzminimum erreicht wird. Aber auch aus Gründen der Kameradschaft lehnen die Kriegseingesetzten die Ausgleichszulage ab. Ob reich, ob arm, ob ungelerneter Arbeiter oder Angehöriger eines freien Berufes, alle haben während des Krieges gegenüber dem Staat ihre Pflicht erfüllt. Und waren es doch gerade die untersten sozialen Schichten unseres Volkes, welche die größten wirtschaftlichen, seelischen und körperlichen Opfer brachten. Darum sollen sie auch heute nicht schlechter gestellt sein wie ihre Kameraden, die das Glück hatten einen tüchtigen Schulpaß auf ihrer Lebensfahrt von ihrem Eltern mit auf den Weg zu bekommen. Die erbrüchene Mehrzahl der Kriegseingesetzten verlangt daher, daß die im neuen Versorgungsgesetz anstelle der Versorgung nach dem Dienstgrad eingetretene Versorgung nach dem Bildungsgrade in Wegfall kommt, und alle diejenigen, welche im Dienste des Staates zu Schaden gekommen sind, nach gleichen Grundsätzen entschädigt werden.

Bestimmte Protest muß aber auch in dem Gesetz die unterschiedliche Behandlung zwischen den Rentenempfängern, welche ehemals dem Mannschaftsstand angehörten und den Kriegseingesetzten ehemaligen Offizieren, hervorgerufen. Letzteren gewährt das neue Reichsversorgungsgesetz, sofern ihre Pensionsgebühren nach dem alten Pensionsgesetz höher sind als die Renten nach dem neuen Gesetz, eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresunterchiedsbetrages zwischen dem alten und neuen Versorgungsgesetz. Obwohl nach dem neuen Gesetz eine sehr große Anzahl von Kriegseingesetzten, ehemalige Angehörige der Unterlassen des Militärstandes, durch die neue Art der Rentenfestsetzung, wo bei Bemessung der Rente nicht der anatomische Schaden, sondern der Grad der Erwerbsbeschränkung maßgebend ist, vielfach weniger Rentenbeträge als nach dem alten Gesetz erhalten, so steht das neue Gesetz an diese Rentenempfänger die Gewährung einer Abfindungssumme wie bei den Offizieren nicht vor. Diese ganz einseitig und der deutschen Republik unwürdige Bevorzugung der ehemaligen Offiziere wird den Sturm aller nicht dem Offiziersstand angehörigen Versorgungsberechtigten hervorgerufen, sobald diese Bestimmungen unter den Kriegseingesetzten näher bekannt sein werden. Hier wäre auch der Gehel anzudeuten, um durch Befestigung dieser Ungerechtigkeiten ganz beträchtliche Beträge zur Beseitigung von im Gesetz ganz anders hervortretenden Gärten zu gewinnen.

Weitere Bestimmungen, welche zur Kritik herausfordern betreffen die im Gesetz getroffene Regelung betr. Kapitalabfindung für Beschädigte, die Ansprüche der Kriegseingesetzten, die Ansprüche der Hinterbliebenen auf Heilbehandlung und Berufsausbildung usw.

Badische Politik

Ein Zentrumsblatt fordert die Hinauffhebung des Wahlalters

In der von uns schon erwähnten Debatte über die Umformung des badischen Parlamentarismus, die in der „Badischen Zeitung“ von dem Abg. Gen. Weismann angeregt und in welche auch der Zentrumsführer Dr. Schöfer eingegriffen hat, ist die Stimme eines Zentrumsorgans recht beachtenswert. Dieses Blatt will für die bekannten Bestrebungen politischer Reaktionskräfte etwas herausheben und plädiert deswegen ganz ungenügend für die Hinauffhebung des Wahlalters. d. h. den 20-jährigen Wählern soll das Wahlrecht wieder genommen werden. Es handelt sich um den Vorschlag der „Freiburger Tagespost“. Das feinerzeit von Wader gegründete Zentrumsorgan schrieb vor kurzem zur Umformung des Parlamentarismus:

„Wenn man sich übrigens schon mit dem Gedanken trägt, die neue Verfassung zu revidieren (es würde sich bei der Verengerung der Abgeordnetenzahl um eine Verringerung des 22

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

„Mit Euch ist doch nichts anzufangen,“ sagte die Kleine und wandte sich unmutig ab. „Die alten und gelehrten Herren kennen Ihr alle auf hundert Schritte und weiter. Wenn man aber einmal nach einem hübschen, höflichen Junger fragt, wißt Ihr nichts. Du bist auch so, Marie, machtest Augen auf den Zug hinunter, als ob es eine Prozession am Fronleichnam wäre; ich wette, du hast das schönste von allen nicht gesehen und hastest noch den alten Frondsberg im Kopfe, als ganz andere Leute vorbeiritten!“

Der Zug hatte sich während dieser Strafrede vertas vor dem Rathaus aufgestellt; die bündische Reiterei, die noch vorüberzog, hatte wenig Interesse mehr für die beiden Mädchen. Als daher die Herren abgesehen und zum Jambig ins Rathaus gezogen waren, als die Jünte ihre Glieder auflösten und das Volk sich allmählich zu verlaufen begann, zogen auch sie sich vom Fenster zurück.

Verta schien nicht ganz zufrieden zu sein. Ihre Neugier war nur halb befriedigt. Sie hätte sich übrigens wohl, vor dem alten ernten Oheim etwas merken zu lassen. Als aber dieser das Gemach verließ, wandte sie sich an ihre Waise, die noch immer träumend am Fenster stand: „Nein, wie einen doch so etwas peinigen kann! Ich wollte viel darum geben, wenn ich wüßte, wie er heißt. Daß du aber auch gar keine Augen hast, Marie! Ich steh dich doch an, als er grüßte. Siehe, hellbraune Haare, recht lang und glatt, freundlich dunkle Augen, das ganze Gesicht ein wenig bräunlich, aber hübsch, sehr hübsch. Ein Mädchen über dem Mund, nehm ich sage dir — wie du jetzt nur wieder gleich rot werden kannst! Ich finde die Waise in ihrem Eifer fort, „als ob zwei Mädchen, wenn sie allein sind, nicht von dem schönen Mund eines jungen Herrn sprechen dürften. Dies geschieht oft bei uns. Aber freilich bei demer seligen Frau Ruhme in Lützingen und bei dem ersten Vater in Lichtenstein kamen solche Sachen nicht zur Sprache, und ich sehe schon, Mädchen Marie träumt wieder, und ich muß mir ein Ilmer Stadtfund suchen, wenn ich auch nur ein Klein wenig schwärzen will.“

Marie antwortete nur durch ein Lächeln, das wir vielleicht etwas schelmisch gefunden hätten. Verta aber nahm den großen Schlüsselbund vom Gaten an der Türe, sang sich ein Liedchen und ging, um noch einiges zum Mittagessen zu

rüsten. Denn wenn man ihr auch etwas zu große Reugierde vorwerfen konnte, so war sie doch eine zu gute Haushälterin, als daß sie über der flüchtigen Erscheinung des höflichen Reiters das Augenlicht und den Nachtschlaf vergessen hätte.

Sie hüpte hinaus und ließ ihre Waise allein bei ihren Gedanken. Und auch wir hören sie nicht, wenn sie jetzt die schönen Bilder der Erinnerung durchgeht, die jene Erscheinung mit einem Male aus dem tiefen, treuen Herzen hervorgerufen hatte, wenn sie jener Zeit denkt, wo ein flüchtiger Bild von ihm, ein Bild seiner Hand ihre Tage erfüllte, wenn sie jener Nächte denkt, wo sie im stillen Kämmerlein, unbelauscht von der seltsamen Mähme, jene Schritte flücht, deren freudige Farben sie heute aus ihren Träumen weeten. Wir lauschen nicht, wenn sie erlösend und mit niedergebaggelungen Augen sich fragt, ob Mädchen Verta den süßen Mund des Geliebten richtig beschreiben habe?

2. „Steigt deine Hoffnung wieder? Ist nicht dein Herz entbrannt? Du fühlst dich, Jungling, wieder In alten Schwabenland.“

Der festliche Aufzug, den wir auf den letzten Blättern beschrieben haben, galt den Häuptern und Obersten des Schwäbischen Bundes, der an diesem Tage, auf seinem Marsch von Augsburg, wo er sich versammelt hatte, in Ulm einzog. Der Lezer kennt aus der Einleitung die Lage der Dinge. Herzog Ulrich von Württemberg hatte durch die Unbegünstigkeit, mit welcher er trotzte, durch die allseitigen Ausbrüche seines Bornes und seiner Rache, durch die Kühnheit, mit welcher er, der einzelne, so vielen verbündeten Fürsten und Herren die Stirne bot, zuletzt noch durch die völlige Einnahme der Reichsstadt Neulingen den bittersten Haß des Bundes auf sich gezogen. Der Krieg war unvermeidlich; denn es stand nicht zu erwarten, daß man Ulrich, so weit gegangen, feindliche Vorschläge tun werde.

Hierzu kamen noch die besonderen Rücksichten, die jeden leiteten. Der Herzog von Bayern, um seiner Schwester Sabina Genußung zu verschaffen, die Egar der Huttischen, um ihren Stammesvater zu rächen, Dietrich von Spät und seine Getellen, um ihre Schwand in Württemberg's Unglück abzuwaschen.

Die Herren von Spät waren der Herzogin auf ihrer Flucht aus dem Lande beihilflich gewesen. Der Herzog hatte bittere Rache an ihren Gütern annehmen. Ann. Hauffs.

die Städte und Städtchen, um Neulingen wieder gut händlich zu machen, sie alle hatten ihre Banner entrollt und sich mit blutigen Gedanken und Lüften nach gewisser Weite eingestell.

Bei weitem friedlicher und frohlicher waren bei diesem Einzug die Gesinnungen Georgs von Sturmfeber, jenes „artigen Reiters“, der Vertas Reugierde in so hohem Grade erweckt, dessen unerwartete Erscheinung Mariens Wangen mit so tiefem Rot gefärbt hatte. Wüßte er doch kaum selbst, wie er zu diesem Feldzug kam, da er, obgleich der Waffen nicht fremd, doch nicht zunächst für das Waffenwezt bestimmt war. Aus einem armen, aber angelegenen Stamme Franken entsprossen, war er, frühe verwais, von einem Bruder seines Vaters erzogen worden. Schon damals hatte man angefangen, gelehrte Bildung als einen Schmutz des Adels zu schätzen. Daher wählte sein Oheim für ihn die Laufbahn. Die Sage erzählt nicht, ob er auf der hohen Schule in Lützingen, die damals in ihrem ersten Erbblut war, in Wissenschaften viel getan. Es kam nur die Nachricht bis auf uns, daß er einem Fräulein von Lichtenstein, die bei einer Waise in jener Wustenschaft lebte, wärmere Teilnahme schenkte als den Beherztsten der berühmtesten Doktoren. Man erzählt sich auch, daß das Fräulein mit ernstem, beinahe männlichem Geiste alle Künste, womit andere ihr Herz bestärkten, gering geachtet habe. Zwar kannte man schon damals alle jene Kriegskünste, ein hartes Herz zu erobern; und die Nünger der alten Lützingen hatten ihren Tod vielleicht besser studiert als die heutigen. Es sollten aber weder nächtliche Liebesklagen, noch fürchterliche Schlachten und Kämpfe um ihren Besitz die Jungfrau erweichen haben. Nur ein e m gelang es, dieses Herz für sich zu gewinnen, und dieser e i n e war Georg. Sie haben zwar, wie es stille Liebe zu tun pflegt, niemand gefragt, wann und wo ihnen der erste Strahl des Verstandnisses aufging, und wir sind weit entfernt, uns in dieses süße Geheimnis der ersten Liebe einbringen zu wollen, aber gar Dinge zu erzählen, die wir geschichtlich nicht belegen können. Doch können wir mit Grund annehmen, wo man, gebrängt von ähneren Verhältnissen, gleichsam als Trost für das Scheitern, einige Treue schwört. Denn als die Mähme in Lützingen das Feilische fegeget, und Herz von Lichtenstein sein Tochterlein zu sich holen ließ, um sie nach Ulm, wo ihm eine Schwester verheiratet war, zu weiterer Ausbildung zu schicken, da merkt Marie, Mariens alte Waise, daß so heiße Tränen und die Sehnsucht, mit welcher Marie noch einmal und immer wieder aus der Sänfte zurück sah, nicht den bergigen Straßen, denen sie Valet sagen mußte, allein gette.

(Fortsetzung folgt.)

bestimmungen werden können. Die Berechtigten sind diejenigen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, ist ein Kompromiß zugunsten der Revolution, auf das man aber heute — ohne reaktionär zu sein — sehr wohl eingehen könnte. Man kommt nicht über den Widerspruch hinweg, daß der Deutsche zwar erst mit 21 Jahren volljährig, aber schon mit 20 Lebensjahren wählen darf.

Dieses offene Bekenntnis zur Hinausschiebung des Wahlrechtsalters, also zum Wahlrechtsraub an den 20-25jährigen Wählern muß stutzig machen. So denkt sich die Sozialdemokratie nämlich die Umformung des Parlamentarismus nicht, sie wollen das jetzige Wahlrecht beibehalten, weil wir glauben, daß nur auf diese Weise das Volk zu politischer Mündigkeit erzogen werden kann. In dem Maße, wie schon die 20-25jährigen Einwohner des Staates bei Wahlen mitreden können und mitreden müssen, wird ihr Interesse an staatlichen Angelegenheiten geweckt. Nur dadurch kann man politisch reife und klare Wähler erzeugen. Man hat im Kriege die jungen Leute mit 18 Jahren herangezogen und Gymnasialabituieranten zu militärischen Vorgesetzten von 30 und 40jährigen Männern gemacht. Jetzt generell das Wahlalter wieder auf 25 Jahre hinaufzusetzen zu wollen, wo auch junge Arbeiter und Arbeiterinnen den Staat politisch beeinflussen können, dagegen wird sich die Sozialdemokratie mit aller Macht zur Wehr setzen. Man kann besorgen dem Freiberger Zentrumsblatt für seine publizistische Offenheit nur dankbar sein.

An das Wahlrecht für die Frauen tippt man im Zentrumslager nicht, da hat man zu gute Wahlgeschäfte bei den letzten Wahlen gemacht. Aber die jungen Leute sollen entrechtet werden. Diese werden sich hoffentlich wehren und schon jetzt auf der Hut sein, ehe es zu spät ist.

„Weißbrötchen in Forzheim“

Man schreibt uns von zuständiger Seite: „In der Nummer des „Volkstreu“ vom 26. August wird in dem Bericht über eine Versammlung sozialdemokratischer Vertrauensmänner u. a. gesagt: „Aus Forzheim wurde berichtet, daß dort Weißbrötchen und Kuchen in allen Bäckereien verkauft werden. Hiergegen wurden Maßnahmen verlangt.“ Diese Maßnahmen sind durch die beruflichen Organe der staatlichen Behörden bereits eingeleitet. Nicht weniger als 31 Inhaber von Bäckereien und 4 Konditoreien sind in Forzheim wegen Uebertretung des Verbots, Kuchen aus inländischem Weizenmehl zu backen, angeklagt worden. In ähnlicher Weise wird auch gegen Kaffeehäuser, Gasthöfe und Automatenrestaurants vorgegangen, wenn sie sich des gleichen Vergehens schuldig machen.“

Wir begrüßen die uns gemachte Vorstehende Meldung und wünschen nur, daß man das Forzheimer Beispiel auch auf Karlsruhe überträgt. Zuerst muß das tägliche Brot genießbar sein, dann erst kann man wieder an die Verfertigung von Weißbrötchen, Kuchen usw. denken. Bis dahin dürfte es aber noch zu spät sein.

Der Herr scheint das Vorgehen der Behörden gegen Bäder und Konditoreien keinen allzu großen Erfolg zu haben; denn heute früh wird uns aus Forzheim folgendes berichtet: „Der am gestrigen Sonntag Gelegenheit hatte, einen Gang durch den Festplatz des hiesigen Vapern-Vereins zu machen, der sein Oktoberfest nach Münchener Art am gestrigen Tage begann, der konnte von einem Badewort keine Wahrnehmung machen. In hochgetrimmten Gängen lagen die weißen „Epigwecken“ und Weizen in den Verkaufsständen und wurden in jedem Quantum an die Kaufstüben abgegeben. Unwillkürlich ergab sich die Vergleiche mit dem an allen Orten schlechten Brot, das der Bevölkerung dargeboten wird. Eine solche Verschwendung mit dem Weizenmehl wirkt empörend. Und der Forzheimer Oktoberfesttrummel dauert acht Tage. Wir ist es unverständlich, daß zu einer solchen Veranstaltung für diese lange Dauer überhaupt die Genehmigung erteilt wurde.“

Die Zahlung des Fahrpreises auf dem badischen Bahnhof in Basel. Der Abg. R. Böhm hat an die badische Regierung folgende „kurze Anfrage“ gerichtet: Sind der Regierung die Verhältnisse bekannt, die sich aus der Fahrpreiserhebung in Schweizer Franken am badischen Bahnhof in Basel für den Verkehr über die badischen Linien ergeben? Welche Schritte gedenkt die Regierung bei der zuständigen Reichseisenbahnbehörde zu tun, um der seit Ausbruch des außerordentlichen Schwellungsverkehrs besonders fühlbar gewordenen Schädigung des einheimischen Fremdenverkehrs und damit der einheimischen Volkswirtschaft erfolgreich zu begegnen? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Der arme Heine . . .

Aus Hamburg wird geschrieben: Wilhelm von Ameyon hatte den armen Heine im Killeiton drunten auf Kopf nicht leiden mögen, er schwärmte mehr für die Siegesallee. Da mußte der feinerne Dichter wieder in den unfreundlichen Norden. Am Parkhof, mitten im Hamburger Weltbürgerwald, dort, wo der Verkehr der Wälderbergstraße sich tagtäglich vorbeimäht, steht er in einer Nische. Wenige nur wissen um ihn, achten auf ihn. Er steht in seiner Ecke, den Kopf nach unten gebeugt, tut niemandem etwas und ist so recht melancholisch.

Eines Tages — oder wie das bei solchen Leuten einmal Aus ist — eines Nachts erschienen einige hochgemute „deutsche“ Jünglinge, soviel verläutet unter indischen Singang, sie hatten einen Kopf voll Leer bei sich, schmerten dem geduldbigen Heine das Gesicht voll, jangen „Deutschland, Deutschland über alles“ und hatten einen unblutigen Sieg davongetragen.

Nun stand der arme Heine in diesem Zustande in seiner Ecke, Tage, Wochen.

Eines Tages brachte das Arbeiterblatt eine Notiz. Es sei doch standes, die Behörden, der Verleger, kein Mensch kümmerte sich.

Ein paar Tage später. — Nichts geschieht. Noch ein Hinweis im Parteiblatt.

Da sind am nächsten Morgen ein paar Arbeiterjungen auf der Redaktion. „Wir haben heute nacht den Heine befreit!“ Da hatte eine Abteilung vom Jugendbund sich die Nacht um die Ohren geschlagen, dem Dichter zu einem fauleren Kleid verpackt, ihm einen Blumenstrauß geschenkt und ein Lied gesungen.

Ganzz sendte 250 Mark für die Befreiung seines Autors. Davon hat der Jugendbund sich soviel er bekam. „Wir wollen! Wir wollen!“ die politischen Gedächtnisse Heines, aus dem Vorwärtsverlage angeschafft und verteilt.

Letzten Sonntag waren sie drunten, tausende Arbeiterjungen und Mädel zur Feier des Sommerfests. Wie es kam, weiß man nicht: plötzlich wurden Eisenstränge gewunden und es ließ: wir machen eine Heinefeier. Nachts rüdten sie an durch die Straßen. „Wenn wir schreiben Seit an Seiten“ sang es in die Dummelanten des Sonntagabends hinein. Dann stauten sich die Massen vor dem Denkmal. Nieder, Kränze, Gebete, Lieder.

Am Mittwoch, 11. August, statterten in Hamburg schwarzrotgoldene Fahnen zur Verabschiedung.

Das hat die Brüder gewarnt. Und obgleich Heine selbst kein besonderer Freund der Reichsfarben war: in dieser Nacht

Steuerabzug und Steuern bezahlen

Der Vorsitzende des Zentralrats der Karlsruher-Durlacher Betriebsräte, Herr Krebs, der der U. S. P. angehört, schreibt uns mit der Bitte um Veröffentlichung:

Steuerfragen sind und bleiben Nachfragen. Das sollen sich alle diejenigen merken, welche die Arbeiter auffordern, die Steuern rundweg zu verweigern. Verweigern wir die Steuer, so müssen wir auch gegen die Regierung vorgehen, welche dem Steuerverweigerer auf den Leib rüden will. Es wird sich dann zeigen, ob das Klassenbewußte Proletariat, oder die Regierung der stärkere Faktor im Lande ist.

Wie sagt der Reichsfinanzminister Dr. Brüch? „Die Regierung steht und fällt mit dem Steuergesetz.“

Run müssen wir Arbeiter und Sozialisten uns die Frage vorlegen: Was ist zu tun? Was können wir erreichen in Punkt Steuerfrage?

Wie schreibt doch die „Leipziger Volkszeitung“ in einem Artikel: „Die Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftsgefüges aber ist erste Maxime der herrschenden Gesellschaftsklasse, deren Existenz auf diesem Grundpfeiler ruht, und den sie mit allen Mitteln zu verteidigen gewillt ist.“

Die Arbeiterklasse Deutschlands aber ist bisher weder Karibik noch einig genug, um die tatsächliche von ihr repräsentierte Lebensmacht zu einem entscheidenden Endkampf um die sozialistische Ordnung zu nützen.“ Also müssen wir, wenn wir etwas erreichen wollen, eine enge und geschlossene Front herstellen. Bis dahin aber ist es Mühe und für den Proletariat praktisch wertvoller von der Regierung weitere Konzessionen betreffende der Steuer zu verlangen.

Treiben wir die Regierung auf der einmal beschrittenen Bahn vorwärts, dann erreichen wir das, was jeder Arbeitnehmer ohne Unterschied der Partei will, „Steuermäßigung“.

Gewiß ist das Steuergesetz ein Ausnahmengesetz gegen die arbeitenden Stände und alle schönen Worte des Zentrumsdemokraten Brüch können diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Die Macht, um die kapitalistische Gesellschaft zu führen, haben wir noch nicht, deshalb müssen wir im Interesse des Proletariats die uns zur Verfügung stehende Macht dazu benutzen, Steuerermäßigungen in der von uns gewünschten Form herbeizuführen und zwar mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Wir stehen als Sozialisten prinzipiell auf dem Boden der direkten Steuer, das heißt jeder denkende Arbeiter, deshalb kann es sich in diesem Steuerkampf für uns nur um die Höhe der Steuer handeln und sonst um nichts.

Wir protestieren dagegen, daß man uns die Steuer abzieht, während man den Besitzenden, aus irgend welchen Gründen noch nichts abgezogen hat. Es ist in dieser Hinsicht noch nichts geleistet worden und dagegen lehnen wir uns auf.

Wir verlangen: Ermäßigung der Steuer für alle Arbeitnehmer. Wir wollen Steuern bezahlen, aber nur auf gerechter Grundlage.

Wir müssen im Interesse unserer Familie eine weitere Steuerermäßigung verlangen. Wird uns keine Berechtigung zu Teil, so kann das, was wir verbüßen wollen, eintreten: „Strikte Steuerverweigerung“.

Diejenigen, welche uns in herabsetzenden Worten die Erhaltung des Staates predigen, mögen vor allen Dingen dafür sorgen, daß zuerst alle Menschen als gleichberechtigt behandelt werden. Das heißt: Holt aus dem Beiß heraus, was herauszuholen ist. Ist das geschehen, dann prüft, was für die Masse der Bevölkerung noch zu zahlen übrig bleibt.

Kein Arbeitnehmer läßt sich in der heutigen Zeit durch schöne Phrasen beschwichtigen, wenn er sieht, wie seine Familie begertert und dahinsiecht, während die Besitzenden sich vom Faulenzen in den Kurorten ausruhen und jeden Tag dieser Zeit allgemeinen Zusammenbruchs mit einem solennen Souper beschließen.

Alles hat ein Ende, auch die Steuerherrschaft nach unten angewendet, löst einmal auf Widerstand.

Unsere Parole muß lauten: Steuerermäßigung für die wirtschaftlich Schwachen und rückwärtsloses Heranziehen des Besitzes. Wir wollen Steuer zahlen, aber wir verlangen Gerechtigkeit und keine Ausnahmengesetze!

Herr Krebs hat Recht: Steuerfragen sind Nachfragen. Ebenso stimmen wir ihm auch darin zu, daß leider die deutsche Arbeiterschaft heute in ihrer Mehrheit weder Karibik noch einig genug ist, um ihre Macht mit vollem Erfolg geltend machen zu können. Wenn z. B. bei der Beratung der Steuergesetze in

der Nationalversammlung eine enge Sozialdemokratie, statt zwei sozialistische Parteien, dem Bürgertum gegenüber gestanden hätte, wäre vieles anders gestaltet worden. Dem einheitlichen Druck der gesamten sozialistischen Bewegung hätten die bürgerlichen Parteien nicht den Widerstand entgegenzusetzen können, den sie den in zwei sich bekämpfenden sozialistischen Parteien entgegenzusetzen vermochten. Und ohne Spaltung und Bruderkampf hätten wir Sozialisten sicher zur Nationalversammlung auch eine Mehrheit erzielt und konnten dann auch die Steuergesetze anders gestalten.

Richtig ist ebenfalls, daß wir Sozialisten die Pflicht des Steuerzahlens anerkennen und für die direkte Besteuerung sind. Aber nicht Recht hat Herr Krebs mit seiner Behauptung, der Steuerabzug sei ein Ausnahmengesetz gegen die arbeitenden Stände. Wenn der Steuerabzug tatsächlich diesen Charakter und dieses Ziel hätte, würde selbstverständlich die Sozialdemokratie ihm einen Widerstand auf Wiegen oder Brechen entgegenzusetzen haben. Daß große Arbeiterkreise den Abzug in rüchliche Weise als ein Ausnahmengesetz ansehen und als solches es sich haben einreden lassen, ist kein Beweis und keine Tatsache. Aber verständlich ist, daß die Arbeiter von tiefem Unmut darüber erfüllt sind, daß bei ihnen auf Heller und Pfennig abgezogen wird, während die Grundbesitzer, die Unternehmer, die Geschäftswelt nicht so genau gefaßt werden können.

Wenn die Arbeiter nicht genau wissen würden, wie von der bestehenden Klasse vielfach in der struppellosesten Weise bei der Steuererschätzung zu mangel versucht wird, wie von ihr Millionen dem Staate entzogen und vorenthalten werden, würden sie sich mit dem Abzug viel leichter abfinden. Nun ist durchaus richtig, daß die neuen Steuergesetze den Besitz in jeder Form sehr scharf erfassen wollen und sollen. Erfreulicherweise kann nicht bestritten werden, daß die Progression eine sehr scharfe ist. Es handelt sich jetzt nur noch um die strikte Durchführung dieser Steuerfüge und um die möglichst restlose Erfassung der Kapitalisten, der hohen Einkommen usw. Und da muß noch eine gewaltige Arbeit geleistet werden. Daß diese Arbeit schwerer und langsamer durchgeführt werden kann, als die immerhin glatte Verrechnung der Steuerbeiträge bei allen festen Einkommen, liegt in der Natur der Sache. Diese Schwierigkeiten wären auch bei einer rein sozialistischen Regierung vorhanden, sie aber würde sicher energischer zupacken als es so geschieht.

Einverstanden sind wir mit Herrn Krebs in der Forderung, daß die wirtschaftlich Schwachen nach Möglichkeit geschont, die Besitzenden dafür umso stärker erfaßt werden. Bei den neuen Steuergesetzen ist dieses Prinzip bereits mit zur Anwendung gelangt, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir Sozialisten es fordern müssen. Aber — und damit kehren wir wieder zum Ausgangspunkt zurück — Steuerfragen sind eben Nachfragen.

Wenn die Masse der Arbeiter, der Kleinen und mittleren Beamten, Angestellten usw. anstatt nur zu räsonieren, den sozialistischen Organisationen beitreten, statt die bürgerlichen Zeitungen sozialistische lesen und halten würde, wenn die Masse, statt in Klubbereinen Zeit, Kraft und Geld zu vergeuden, die Kampfereihen des Proletariats vermehren würde, könnten wir nicht nur die Steuergesetze gründlich reformieren, sondern weit größere Dinge schneller und gut durchführen. Herr Krebs wird da ganz mit uns einverstanden sein, aber die Masse drauhen hört nur und — pflegt dann wieder die alte bequeme Gemütslichkeit.

Gemeindepolitik

Landesversammlung des badischen Ratifreiervereins

Am vorletzten Sonntag tagte in Redargemünd die 32. Landesversammlung des badischen Ratifreiervereins, die von rund 360 Teilnehmern aus allen Teilen des Landes besucht war. Nach dem vom Vorsitzenden, Grundbuchbeamten Perzon (Durlach) erstatteten Geschäftsbericht umfaßt der Verein zurzeit 1709 Mitglieder und hat ein Vermögen von über 16 000 M. In den Verwaltungsrat wurde neugewählt Ratifreier Reiter (Walldorf), Ratifreier Schäfer (Triburg) erstattete einen Bericht über den gegenwärtigen Stand des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperverletzungsbeamte. Hierzu wurde eine einmütige Entschließung des Inhalts gefaßt, daß sie von der Regierung und dem Landtag die alsbaldige Verabschiedung des Gesetzes erwartet, damit auch eine Auffrischung des badischen Gemeindebeamtenlandes stattfinden kann. Zum Gesekentwurf über die künftige Gemeindeordnung, worüber Ratifreier Schäfer ebenfalls berichtete, brachte die Versammlung in einer Entschließung ihre Stellungnahme zum Ausdruck. Ueber den gegenwertigen Stand der Besoldungsfrage und über

und Reschle entschieden, die von der Bevölkerung respektiert werden mußten. Ein Edikt des Landgrafen Friedrich II. von Donauwg (auch der Landgraf mit dem jüneren Bein genannt) lautet:

„Demnach Er. Hochfürstlichen Durchlaucht berichtet worden, daß am nechstünfrigen Mittwoch wird im 12. 23. September Anno 1. Ab: eine gefährliche Finsternis sein soll, als haben Er. Hochf. A. als ein rechter Landesvater auch für ihre Unterthanen für sorgen und ihnen andenten lassen wollen, daß Sie ihr Vieh den tag zu Vor, und effide tage hernach zu Hause halten, und desfalls das nötige Futter anschaffen, und der fällen thür und fenster wohl schließen, die brunnen wohl bededen, die feller und fornbüden wohl versorgen sollen, damit um die zeit die böse Luft nicht einlogiere und eine böse infection anhauffe, weil solch große finsternis und aspecten stichstufen schwerer klagen, jäheinfällen, gräßliche giestige pletter, ja pestilentiöse Seuchen und ganz unbekante Krankheiten und der gleichen troht, wohnach sich denn ein jeder wird zu richten müssen und hat.“

Donauwg d. 71. September 1699.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Butu Simbas Mission in Europa. Eine Regergeschichte von S. Turrow (Berlin). Buchhandlung „Vorwärts“. 171 S., Preis 6.— M. Dieser Butu Simba ist wirklich ein Kerl von Fleisch und Blut, ein machender Schwarzer. Der Verfasser, der lange in Afrika gelebt, hat in irgendeinem Negerdorf am Kongo diesen Butu leidenschaftlich aufgegriffen, reist mit ihm Walfisch genommen und kontestiert nun in ledigen, drahtigen Strichen seine pedantische Seele zu Aug und Frommen der europäischen Gemeinde des Weltkrieges. Daß wieder wir Europäer die Stammler sind, ist unsere Schuld. Aber eine Schuld, die uns nicht, wie in jenen utopischen Romanen, in salbungsvoller Werksamkeit der jugendhafte Wilde zu Gemut führt, sondern die wir selbst bei der Lektüre des amüsanten Buches gerichtlich konstatieren. Wie dem armen Kerl allmählich in Europa, in den französischen Städten der Flappe, im Feuer und Dred der Schützengraben und in der deutschen Gefangenschaft der Star gestochen wird, das wird in einer Fülle bunter Geschichten und Abenteuer erzählt. Schließlich gelangt es Butu zu entkommen, und zu guter Letzt nach vielen Jahren führt ihn der Verfasser mit barmherziger Hand wieder in sein afrikanisches Idyll zurück.

Kleines feuilleton

Trinken und draußen. Hier in Genf, schreibt Viktor Aubourtin im „Berliner Tageblatt“, kauft man sich des Morgens wenn man Eile hat, seine Zeitung nicht im Kiosk, sondern in irgendeinen Tabakladen, wobei niemand gezwungen ist, noch einige Zigaretten dazu zu erlöben. Wenn wir den Laden betrete, erhebt sich der Verkäufer und winkt mir freundlich einen guten Morgen und sagt eben so freundlich: „Danke sehr, mein Herr“, wenn ich ihm die 10 Centimes für seine Zeitung gegeben habe. Dann kommt er hinter den Tisch hervor, begleitet mich zur Tür, die er öffnet, und wiederholt: „Ich danke Ihnen noch einmal, mein Herr. Bemühen Sie sich nicht, ich hätte Sie selbst. Auf Wiedersehen.“ Das alles um einen Verdienst von ungefähr vier Centimes. Und es klingt nicht frierlich, sondern frei, es wirkt nicht aufdringlich, sondern macht eine Minute des Lebens um einen Hauch erträglicher. So, aber doch ähnlich ist, ist der Ton des mercantilen Umgangs bei allen Völkern dieser Erde, mit Ausnahme der Deutschen. Deshalb können wir alle ja so, wenn wir zum erstenmal mit fremder Art in Verbindung kommen. Deshalb hat vor dem Kriege jeder seiner veranlagte Deutsche, wenn er über die Grenze hinausreiste, eine Art Milderung empfunden. Der etwa nicht? Weiß Gott, die heimatische Erde bleibt das Beste, der Boden für unser Leben und unser Grab; aber haben wir nicht alle das Gefühl gehabt, als atmeten wir eine leichtere Luft, wenn wir von Berlin nach Wien, nach Paris, nach Kopenhagen, Stockholm, selbst wenn wir nach London fuhren? Ein klimatischer Unterschied zwischen uns und der ganzen Welt. Als ob über unserer Art, und nur über unserer, ein dauerndes Tiefdruckzentrum läge von Verdrossenheit und unheilbar froijem Betragen.

Eine Sonnenfinsternisveränderung aus dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts. Unsere Altvordern hatten vor allen ungewöhnlichen Himmelserscheinungen große Furcht. Das Erscheinen eines Kometen, Sonnen- und Mondfinsternisse erweckten selbst bei den Gebildeten Angst und Aberglauben und die regierenden Häupter haben, aus Besorgnis für ihre Untertanen, oft Verordnungen erlassen, die Verhaltensmaßregeln

die Tätigkeit des Zentralverbandes referierte Direktor Weiler. Mit Befriedigung nahm die Versammlung von dem abgeänderten Kostengesetz und der Vollzugsverordnung hierzu, welche beide den Ratsschreibern als Grundbuchhilfsbeamten nennenswerte materielle Verbesserungen gebracht haben, Kenntnis. Ueber die Maßnahmen zur einheitlichen Ausbildung von Gemeindebeamten erstattete Ratsschreiber Dork (Reinen) Bericht, ein Antrag auf Erbringung des Befähigungsnachweises für neu anzustellende Ratsschreiber fand einstimmig Billigung. Nach Erledigung verschiedener Wünsche und Anträge wurde die Sitzung a. S. zum nächsten Tagungsort bestimmt.

Schulbürokraten und Wohnungsnot

Ein Schulbeispiel, wie weitgehend noch manche Behörden den Bedürfnissen und Witten der Zeit gegenüberstehen, wie ungenügend, rücksichtslos bürokratisch selbst wichtigste und dringendste Angelegenheiten behandelt werden, gibt nachstehender Bericht über einen Schulhausumbau, der uns aus der Gemeinde Aue bei Durlach zugeht. — Als vor einem Jahre der Gemeinderat die hiesigen Schulen besichtigte, fiel ihm der große Speicherraum auf dem neuen Schulhause auf; man einigte sich, hier eine Lehrer- und eine Schuldiener-Wohnung einzubauen. Das Mauerwerk war vorhanden, mit wenigen Mitteln hätten also in kürzester Zeit zwei Wohnungen beziehbar gemacht werden können. Sofort wurden die nötigen Schritte unternommen, man glaubte bei den damals noch niedrigeren Baukostenpreisen größere Ausgaben zu sparen. Aber wer die Rechnung ohne die hohe Erlaubnis der hohen Schulbehörde gemacht hat, war der Gemeinderat in Aue. Es wurde zunächst die Auflage gemacht, daß der Zugang zu den Wohnungen nicht durchs Schulhaus, sondern ein besonderes zu erstellender Aufbau errichtet werden müsse, der auf 30 000 M veranschlagt wurde. Nun ist das Schulhaus 1906 nach den Plänen der Schulbehörde gebaut worden. Der Zugang hat die genügende Breite. Trotzdem mußte dieser Aufwand zu einem Neubau gemacht werden; der Gemeinderat wußte aber auch damals schon, daß die Bewohner doch stets das Treppenhaus der Schüler und nicht den Zugang des Anbaus benötigen würden. Aber es half nichts, der Plan wurde geändert und nach den Wünschen der hohen Behörde der Bau ausgeführt. Der Bezirksbaufontrollleur sagte mündlich zu, damit die Arbeit rasch angefangen werden konnte und nicht wieder Zeit verfliehe, wurde zumal das Bauen in sogusagen von Tag zu Tag verteuert, die Wohnungsnot aber auch immer größer wird. Mittlerweile sind die Pläne an die — Hochschule nach Karlsruhe gewandert wegen eines technischen Gutachtens (1) für die Schulbehörde. Man muß sich aber angesichts dieser Schulwirtschaft schon fragen: wird auf diesem bürokratischen Betrieb der Wohnungsnot gesteuert? Das Gutachten entdeckte natürlich einen Mangel, der bei der Ausführung beseitigt werden mußte! Das gehörte sich doch. Der Bau ist zu Ende, aber die amtliche Genehmigung ist noch nicht erschienen!

Inzwischen hat die Lehrerschaft gesehen, welche großen Wohnräume es gibt und sofort wurde dem Gemeinderat nahegelegt, aus der Schuldienerwohnung eine weitere Lehrerwohnung zu machen, ebenso könnte noch ein Unterlehrzimmer eingebaut werden. Es ist hieraus am besten zu sehen, daß die Gesichtspunkte der Gemeindevverwaltung gute waren. Aber bei den Behörden fehlte jegliches Verständnis. Im März d. J. kam ein Bescheid, daß die Gemeinde ohne Erlaubnis gebaut hätte und deshalb jede Uebertretungsuntersuchung zu verfangen sei! Gegen diesen Bescheid bewahrte sich der Gemeinderat und verlangte einen ausführlichen Bericht, weshalb und warum? Der Gemeinderat verlangte weiter eine persönliche Rücksprache. Dem ging man aber aus dem Weg. Im Juli 1920 kamen die Pläne und die Baugenehmigung, aber das Gutachten der Hochschule und das sonstige Material, das für den Schulhausneubau nötig war, fehlten. In einem Schreiben wurde mitgeteilt, daß diese Akten verloren gegangen seien. Der Gemeinderat wird jetzt empfohlen, wegen der Uebertretung an das Arbeitsministerium sich zu wenden. Jetzt endlich kommt man mit diesem Vorschlag und Mat, nachdem durch die bürokratische Botenlei alles um Kaufende im Wert gestiegen ist und die Gemeinde darf die Kosten dieser Bummel- und Schikanenwirtschaft tragen! Der Voranschlag ist nun zum doppelten Betrag angewachsen. Die Bewohner der Wohnungen benutzen natürlich den alten Zugang. Und das ganze nennt man Bekämpfung der Wohnungsnot und Sparen. Da gehört auf gut deutsch gesagt mit Eisenbahnschienen dreingeschlagen. Was auch unsere Meinung ist!

Aus dem Lande

Mannheim, 29. Aug. Die beiden Brüder Ludwig und Karl Helwig in Ludwigschafen fuhren in einem mit Kohlen beladenen Raden Stromaufwärts auf dem Rhein, wobei sie mit dem Raden an ein veranortes Schiff stießen. Der Raden sank und die beiden Brüder ertranken.

Mannheim, 29. Aug. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag wurden in einem Hotel am Bahnhof zwei Perser-teppiche im Werte von 10 000 M gestohlen. Der Dieb ließ zwei Koffelpolster aus einem Eisenbahnwagen 2. Klasse im Hotel zurück.

Heidelberg bei Weinhelm, 29. Aug. Mit der Tabakernie ist hier begonnen worden. Der Ertrag wird 30 bis 40 Prozent höher sein als im vorigen Jahr. Man rechnet mit einer Voll-ernte, die etwa 14 000 Htr. ergeben soll. Auch die Güte des Tabaks soll hervorragend sein.

Heidelberg, 28. Aug. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, an die Reichs- und Landesregierung wegen der alsbaldigen Inangriffnahme der Arbeiten für die Redarlanal-isation auf der Strecke abwärts von Heidelberg eine dringende Vorstellung zu richten. Zur Durchführung empfohlen wird das von der Firma Grün und Wiffinger in Mannheim ausgearbeitete Projekt des Südwestdeutschen Kanalvereins, das vor dem von den Ländern ausgearbeiteten Projekt wegen des geringeren Kostenaufwandes und der Erzielung größerer Energiemengen den Vorzug verdient. Die sofortige Aufnahme der Arbeiten ist auch wegen der in der Gegend von Heidelberg immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit dringend wünschenswert.

Florsheim, 29. Aug. In seiner Arbeitsstätte ist der 31 Jahre alte Schlosser Notmann aus Hudenfeld tödlich verunglückt, als er beim Abnehmen einer Seilscheibe in der Papierfabrik Reichenstein durch ein abruisendes Sebelisen einen Schädel-krand erlitt.

Müllheim, 28. Aug. Die unvernünftige Steigerungsmut des Publikums kam bei einer Obstruktions-Versteigerung an der Straße bei Schillingen zum Ausdruck, wo für einen Baum Wasserkränen, der zu 60 M veranschlagt war, bis zu 500 M geboten wurden.

Dank der Kriegsgefangenen

Wir hatten kürzlich das Los der noch in französischer Ge- tangenschaft zurückgehaltenen deutschen Soldaten geschildert, die wegen oft ganz geringfügiger Vergehen noch jahrelange Gefängnisstrafen abbüßen müssen und wie hatten geäußert, diese Gefangenen nicht zu vergessen, vielmehr durch Uebereinkunft von Liebesgaben ihr Los zu erleichtern und ihnen zu zeigen, daß die Heimat sie nicht vergessen. Einige Leser unseres Blattes hoben daraufhin an das Gefangenelager in Avignon einige Rädchen Rauch- und Schwären geschickt; einer der Ab- sender erhielt nun aus dem Lager folgendes Dankschreiben:

Avignon, 18. August 1920.
Werter Herr V...! Soeben in Besitz Ihrer gütigen Spende für das hiesige Depot übersenden wir Ihnen um- gehend unsern herzlichsten Dank für Ihr treues Gedenken an uns in unserer Lage.

Sind es doch namentlich diese Zeichen der Liebe und Treue der Heimat, die uns unser Los leichter ertragen lassen und uns moralisch heben in den Gefühlen: Die Heimat und das deutsche Volk denkt an euch und lebt mit euch.

Von treudeutschen Grüßen in steter Dankbarkeit
Ihr ergebenster
Hilfsausfüh. Avignon (Unterschriften).

Vielleicht veranlaßt dieser Dankesbrief, der beweist, daß die Gaden jeweils gut in die Hände der gefangenen Landsleute gelangen, noch weitere Leser unserer Zeitung, den Kameraden die Nachsicht und brutale Gewalt noch zum Teil auf lange Jahre von der Heimat fernhalten, ein Liebeszeichen zu über- senden.

Totschlag auf Verlangen und Selbstmordversuch. Am der- gangenen Freitag mietete H. „Konst. Bg.“ am Konstanzer Gondelhafen ein älteres Ehepaar eine Gondel, mit der es in den See hinausfuhr. Gegen Abend beobachtete in der Höhe von Altau ein Schweizer Fischer eine im See treibende Gondel, in der er vermutlich zwei schlafende Personen sah. Er schleppte die Gondel an das Altmauer Ufer, wobei festgestellt wurde, daß die Dame an Morphiumvergiftung den Tod gefunden hatte, der sie begleitende Herr noch lebte, aber bewußtlos war. Im Krankenhaus in Altau kam der Herr wieder zum Bewußt- sein, wobei er angab, daß er und seine Ehefrau freiwillig aus dem Leben scheiden wollten. Er hatte auch die Gondel angebohrt (allerdings zu spät), um das Sinken derselben herbei- zuführen, damit so jede Spur verwischt würde. Während die Ehefrau heute in Altau beobachtet wurde, hat die Schweizer Be- hörde den Gemann, den etwa 60jährigen Oberstabsarzt a. D. Dr. Dr. aus Koblenz wegen unerlaubter Grenzüberstrei- tung festgenommen. Nach seiner Aburteilung wird er über die Grenze geschoben, wo ihn die Staatsanwaltschaft Konstanz in Empfang nehmen wird, da er sich wegen eines Verbrechens nach §§ 212, 216 St.G.B. (Tötung auf ausdrückliches Verlangen, Mindeststrafe 3 Jahre Gefängnis) zu verantworten haben wird.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 30. August.

Entzauberung.

Wenn immer Deutschland in das Feld gezogen, Beschäft' — natürlich! — für die „gute Sache“, doch schnell empor das Angestium der Wogen Erhörter Volkswut, Wordlust, wüßter Rede.

Wie biels wurden in den Tod gelogen Begeisterter Gesangs und heller Lache, Die kalte Geldgrube um ihr Sein betrogen, Das Wammons listig-lügenhafte Mache!

So lang uns Echte in den Wern freisen, Sei unsre Kraft dem Streben hingegeben, Den bunten Lügenfleiter fortzureisen,

Den Kriegsverdiener um das Schlachten wehen, Das Greuels Triebwerk unterbrückt zu weisen, Das sie mit falschem Phrasenschnall erbehen.

Ferdinand Madling

Die Erkenntnis.

Wenn nicht alle Angelegenheiten, werden wir in Baden demnächst mit bedeutend erhöhten Fleischpreisen konfrontiert werden. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch in Baden steigen die Einkaufspreise für Schlach- tervieh fortgesetzt. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Land- wirts in ganz Baden von Viehhändlern geradezu überflutet werden. Dieselben bieten jeden Preis, um Vieh einzukaufen und scheuen dabei selbst nicht die höchsten Speise. So z. B. soll ein Viehhändler im badischen Schwarzwald in anderthalb Tagen circa 1400 M für Autorechnungen (1) gehabt haben. Sie ja, von Ort zu Ort und laun, was zu bekommen ist. Nun ging letzter Tage eine Notiz durch die Zeitungen, in der behauptet wurde, daß Vieh in Massen nach dem Elsaß ver- schoben würde, was der Regierung Veranlassung gab, die Sache zu untersuchen. Nach einer amtlichen Verlautbarung soll die Sache nicht so schlimm sein. Die Grenzübergangsstellen, namentlich die Rheinbrücken, würden auf das sorgfältig überwacht und auch die Viehaustritt nach anderen badischen Bezirken, habe nicht den Umfang erreicht, wie er nach den Preisermeldungen angenommen werden könnte. Es muß aber an den Meldungen doch etwas Wahres sein, denn in der „Deutschen Fleis- cherzeitung“ ist zu lesen:

„Seit einigen Wochen ist die Zwangswirtschaft in Baden aufgehoben und landauf und landab kann man Händler in den landwirtschaftlichen Anwesen herumgehen sehen, die den Bauern geradezu fabelhafte Preise für ihr Vieh anbieten und zahlen. Sämtliches bis jetzt ver- labene Vieh wurde an die Rheingrenzstationen auf- gegeben, was zu denken gibt. Doch aber Vieffisch und nicht z. V. Freiburg als Bestimmungsort gewählt wird, ist geradezu ver- dächtig. Als die Fessel der Zwangswirtschaft fiel und in der Mehrereiten wieder Vieh markellos zu haben war, atmete alles auf. Aber wie lange kann dieser Zustand an- halten, wenn ganz eine Extrazug mit Schlachtvieh nach dem Elsaß verschoben werden. In absehbarer Zeit muß ausgebrungen die Zwangswirtschaft wieder einge- führt werden, weil das badische Land ausverkauft ist mit Schlachtvieh...“

Ja, ja, die Zwangswirtschaft, die verhasste, soll jetzt den noch weiter in den Dreck geratene Karren wieder herausziehen. Aber so lange sie bestand, wurde sie von den gesamten Chorus der Fleischermeister, Viehhändler, Gelegen- heitshändler, Professionshändler, Schwarzschnitzer, Wirte und — Gäste, wenigstens solcher, bei denen Geld Nebenache, der gut austaffierte Wagen Hauptsache ist, in Grundraben ver- dammt und verlästert, bis die Regierung dem fündigen Druck der Preishebelstärmer nachgeben mußte. Jetzt haben wir schon den Salat. Sobald die Zwangswirtschaft aufgehoben wird, Vieh es immer, verschwinden die Schwarzschnitzer und dann wird sich die Sache nach und nach „eintränken“. Dieses „Ein- tränken“ ist im vollen Gange, so daß in Bälde, wenn nicht irgend welche energische Maßnahmen ergriffen werden, nur eine kleine Minderheit sich noch Fleisch leisten kann, der große Haufen aber leer ausgeht.

Die Schwarzschnitzer denken gar nicht daran, nach Auf- hebung der Zwangswirtschaft den Betrieb einzustellen. Es wird, wie uns ein Karlsruher Großschlächter berichtet, heute mehr Schwarzschnitzfleisch wie je. Täglich würde ihm Schwarzschnitz- fleisch in Menge angeboten. Die Schwarzschnitzer machen nämlich heute das Geschäft mit den hohen Unkosten, die heute auf dem regulär geschlachteten Vieh ruhen. Die unvernünftige Höhe der Unkosten verteuern das Fleisch sehr. Es ist amtlich festgestellt, daß auf 1 Pfund Fleisch 1,10 M Spesen

kommen, zusammengesetzt aus 0,40 M pro 1 Pfund Verkehrs- steuer, 1 1/2 % Umsatzsteuer, Röhren und sonstigen Betriebskosten (Röhren usw.). Dazu die enorm hohen Schlachthofgebühren, die allein bei 1 Pfund Fleisch mindestens 20 s ausmachen. Wenn die Schwarzschnitzer nur die umgangenen Steuern und hohen Schlachthofgebühren als Verdienst betrachten, dann haben sie schon ein ganz schönes Geschäft gemacht.

Man lasse sich nicht täuschen durch die vollgehängten Schau- fenster in den Metzgerläden und sich in den Glauben verfehen: Die Sache macht sich jetzt doch so langsam. Die Sache wird sich auf diese Art nicht machen. Der freie Handel kann bei un- genügender Produktion unsere Lage nur verschlimmern. Die kleineren Metzger kaufen heute schon Vieh, bei dem sie nach- weislich zulegen müssen, weil jeder ins Geschäft kommen will. Eines Tages werden die meisten nichtmehr weiter können. Abwarten, ob es nicht so kommt!

Abbau der Löhne?

Die „Frank. Bg.“ schreibt im Handelsblatt Nr. 570: „Es ist keine Uebertreibung, wenn man feststellt, daß heute nur ganz besonders bevorzugte Arbeitnehmer in Deutschland in der Lage sind, über die mehr oder weniger genügende Ernah- rung hinaus noch Geld für Anschaffungen aufzubringen. Das hat neulich sogar ein Unternehmerverband, der- jenige der Schulabschritanten, anerkannt, als er vor einem so- fortigen Lohnabbau selbst für den Fall einer möglichen Preis- ermäßigung warnte, da erst dann die Arbeiter die seit Jahr und Tag vernachlässigte Kleidung ergänzen könnten. Und wie es in dieser Beziehung hinter den Kulissen, oder besser gesagt mit den Unterleibern aussieht, und zwar nicht nur bei den Handarbeitern, das wissen am besten die Kerze. Wenn man von besonders bevorzugten Klassen, wie etwa jugendlichen Ar- beitern und Angestellten beiderlei Geschlechts oder Familien mit erwachsenen, also voll mitberdienenden Kindern absieht, so sind diese Verhältnisse schon ungenügend gewesen, als noch die Indus- trie voll arbeitete. Inzwischen aber ist notorisch in vielen Ge- werben die Arbeitszeit von 48—44 auf 30—32 Stunden und damit automatisch der Lohn um ein gutes Drittel gekürzt wor- den. Nun kommt gerade in diesem Augenblick der zehnpro- zentige Steuerabzug, dessen ethische und erzieherische Berechti- gung an und für sich ebensowenig bestritten werden soll wie seine fiskalische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Ar- beiter, der im April mit 260 M Wochenlohn noch nicht einmal seine Amortisationsquote decken konnte, soll jetzt mit 160 minus 16 gleich 144 M zu Streich kommen.“

Das sind Ermüdungen, die doch auch Unternehmer und Kapitalisten anstellen sollten. Auch das Heer der Angestellten und Beamten, die neuerdings fast mit Keid von den glänzen- den Arbeitereinkommen sprechen, sollten mehr in die Berüh- rung, daß zwar auch für sie der zehnprozentige Steuerabzug, nicht aber die Betriebsentsparnung mit ihren fatalen materiellen Folgen eingetreten ist.“ Die Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf.

Der „Christliche Pilger“ als arbeiterfeindlicher Quacksalber!

Eine charakteristische Anschauung äußerte vor wenigen Wochen der „Christliche Pilger“, ein katholisches Sonntagsblatt in Speyer. Unter der obigen Ueberschrift schreibt es: „Eigentum ist kein Diebstahl. Das der gerechte Gott das Stehlen verbietet, hat nur dann einen Sinn, wenn es recht- mäßiges Eigentum gibt. Es gibt freilich auch unrechtmäßiges Eigentum, ungedeckt durch die Art des Erwerbs. Man darf in unsern Tagen nur den „christlichen“ Missetätigen, der „christlichen“ Pilger, die sie mit so wenig Gemisshaflichkeit aufstellen; der Lohn, der ihnen am Samstag ausgehändigt wird, ist vielfach ungerechter Wammon.“

Und da wundern man sich noch in christlichen Lager, wenn die Ueberschrift von der Kirche immer größere Kreise zieht?!

Was sagt ihr christlich-organisierten Arbeiter zu solchen Be- weisungen? Sie müssen euch doch zu der Erkenntnis bringen, daß man euch systematisch umgarnet, um euch in die Klauen des Kapitalismus zu schmeiden. In der Zeit, wo euer Lohn kaum noch zur Befriedigung eures Lebensunterhaltes ausreicht, da wagt man euch von dieser Seite ins Gesicht zu schleudern, daß der fauer verdiente Lohn ein ungerechter Wammon sei? Dieser Ausfall gegen die Arbeitererschaft müßte endlich auch die christ- lich-organisierte Arbeitererschaft zu dem Bewußtsein bringen, daß ihr Vieh nicht in diesen Kreisen sein kann, sondern dort, wo man ehrlich und mit Nachdruck die wahren Arbeiterinteressen vertritt und das sind die freien Gewerkschaften.

Dein Feind!

Was würdest du tun, wenn jemand in dein Haus käme und dich beschimpfte? Du würdest von deinem Hausrecht Gebrauch machen, ihm die Türe weisen. Du meinst, du hättest diese Arbeit nicht nötig, weil du keinen Feind besitzt.

Du irrst. In deinem Hause ist der Feind, er kommt täglich zu dir und beschimpft dich, er tritt deine Rechte mit Füßen, trotzdem du dich zu ihm in deinem Hause. Dein Feind ist ein ganz leichter Bürche, mit einem Handreich könntest du ihn beseitigen, tuft es aber nicht. Du willst deinen Feind wohl kennen lernen? Wohlan. Dein Feind ist die bürgerliche Be- tung, ihr gewährt du freien Zutritt, ihr erlaubt du, dich zu beschimpfen. Mannt manchmal kaum die Zeit abwarten, bis dein Feind kommt und dir hochwohl Lügen ins Gesicht schleudert. Warum beschimpft du deinen Feind nicht? Ist seine Macht über dich so groß, daß du nicht gegen ihn aufstehst?

Stimm mit ihm! Was von deinem Hausrecht Gebrauch je eher, je besser! Laß dich von solch erbärmlichem Vieh Papier nicht beschimpfen, zeig ihm die Türe, das bist du selbst schuldig. In dein Haus gehört keine bürgerliche Zeitung. In dein Haus gehört die Arbeiterpresse. Sie ist dein Freund, in ihr findest du, was du brauchst. Sie sagt dir die Wahrheit, manchmal sogar recht derbe, aber besser derbe Wahrheiten, wie derbe Lügen.

Du bist es deiner freien Weltanschauung schuldig, eine freie Zeitung zu lesen. Bekämpfe den Feind, hinaus mit ihm, und laß ihn nie wieder ein!

Kinderschulskommission.

Deute Montag abend 8 Uhr Sitzung im „Auerhahn“. Alle Frauen wollen pünktlich erscheinen. — Für morgen Dienst- tag ist bei schönem Wetter wieder ein Ausflug projektiert.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe. Am Mittwoch, den 1. September, findet abends 7 1/2 Uhr im Gasthaus zur „Gold- Krone“ (Ecke Amalien- und Douglasstraße) eine äußerst wichtige Zusammenkunft der Vertrauensmänner der Sozialdemokrati- schen Partei statt, wobei kein Vertrauensmann fehlen darf.

Betriebsrätefiskung der Gruppe „Solindustrie“. Im An- zeigenteil d. Bl. werden die Betriebsräte der Gruppe „Sol- industrie“ zu einer Sitzung auf morgen Dienstag nachmittags 4 Uhr im Speisefaal der Hauptwerkstätte eingeladen. Näheres besagt die Anzeige.

Protektiverversammlung. Morgen Dienstag nachmittags 5 Uhr veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegs- entnehmer und Kriegshinterbliebenen im Keinen Festhalleaal eine öffentliche Protektiverversammlung gegen die nachteiligen Bestim- mungen im Reichs-Renten-Versorgungsgefeh. Referent: Reichs- ammt Wolfberg-Hamburg.

Postwertzeichen zu 2, 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pf., die sich noch in den Händen des Publikums befinden, können nach wie vor bis zu ihrem Aufbrauch zum Ergänzen der Freigebühr von Postkarten mit eingedrucktem Wertstempel zu 7 1/2 Pf. benutzt werden.

Konzerthaus. Man schreibt uns: „Meiners“, ein dreißigjähriger Schwant von Fritz Friedmann-Frederich, der an zahlreichen deutschen Bühnen bereits den stärksten Kaderfolg erzielte, geht am Mittwoch, 1. Sept., im städtischen Konzerthaus zum erstenmal in Szene.

Stadtparkkonzerte. Wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit werden Stadtparkkonzerte Samstags und Montags nicht mehr abgehalten, dagegen finden solche Sonntags und Mittwochs jeweils nachmittags von 4-7 Uhr und Dienstags und Freitags abends von 8-10 Uhr statt (günstige Witterung vorausgesetzt).

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Sommerabendball. Gestern wurde in der städtischen Festhalle ein zweiter Sommerabendball abgehalten. Punkt 1/8 Uhr wurde er mit einem stürmischen Sturm eröffnet.

Schlagfahne für reiche Leute verwandt werden. Diesem gewaltigen Stempel muß ein Ende gemacht werden. Der Geheimrat hat recht, wenn er am Schluß seines Interims schreibt: „Arbeit, seht euch selbst einmal diesen Zustand an! Ich bin bereit, einem eurer Vertreter die Restlosigkeiten aus meiner Tasche zu ersetzen. Dann protestiert mit mir bei euren Vertretern der Regierung, die ihr gewährt habt, und helft mir, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht wird!“

Der Geheimrat hat recht. Noch schlimmer wird es für unsere Kranken und Kinder werden, wenn erst die Zwangswirtschaft für Milch und Milchprodukte aufgehoben sein wird. Dann werden die Reichen sich alle nur denkbaren Leckerbissen um jeden Preis aus Milch herstellen lassen und die Kinder der Armen können zugrunde gehen.

Gewerkschaftliches

Zentralverband der Angestellten und Erbsparrenten. Der Zentralverband der Angestellten hat wie andere freigewerkschaftliche Organisationen von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß die Straffreie Zusammenfassung aller Krankenkassen notwendig ist. Er hat sich infolgedessen stets gegen die Sonderkassen gewandt und auch die Erbsparrenten nicht gelungen, die getrennten Körperschaften von der Lohnabgabe der Bezeichnung der Erbsparrenten zu überzeugen. Im Gegenteil man hat im Jahre 1919 den Erbsparrenten noch weitergehende Rechte eingeräumt als in der vorrevolutionären Zeit. Die Mehrheit der Nationalversammlung betrachtete die Erbsparrenten eben von rein politischen Gesichtspunkten. Die Erbsparrenten sind kaufmännischen Angestellten in das freigewerkschaftliche Lager. Der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstags ist natürlich erst recht nicht zu erwarten, daß eine Einigung der bestehenden Erbsparrenten vorgenommen wird und darum sah sich der Zentralverband der Angestellten veranlaßt, dem Drängen großer Mitgliederkreise folgend, einen Vertrag mit einer schon bestehenden Erbsparrentenkasse abzuschließen, der den Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten erhebliche Vorteile bietet.

Jugend und Sport.

Das Verzeichnis der Jugendherbergen. Die nach sechsjähriger Pause sieben vom Hauptauschuß für deutsche Jugendherbergen, Geschäftsstelle Göttingen i. B., herausgegeben worden. Von den rund 700 aufgenommenen Herbergen, die der gesamten wandernden Jugend unter 20 Jahren offenstehen, entfallen etwa 90 auf das Ursprungsland dieser um 10 Jahre alten Bewegung, das Sauerland, je rund 70 auf Sachsen und den Zweigauschuß Mittel- und Ostpreußen, während die Nordmark mit 60 Herbergen dem steigenden Vormarsch des Jugendwandererzuges zum Durchbruch verhilft. Einzelne Gebiete haben erst in den letzten Jahren Jugendherbergen geschaffen, doch in dieser Hinsicht schon Bedeutendes geleistet; so weist der Zweigauschuß Unter- und Ostpreußen (Masuren) schon 20 fertige oder vorbereitete Weiden auf. Das Reichsjugendverzeichnisse folget 4 M (zusätzlich 30 A Postgeld und Verpachtung, bei Nachnahme zusammen 4,80 M) und kann außer bei obiger Geschäftsstelle auch von allen im Verzeichnisse genannten Zweigauschüssen bezogen werden. Für die Führer sowohl als die wandernde Jugend sind neben ausführlichen Mitteilungen über die Herbergen (Zahl, Ausstattung, Preis der Lager usw.) die Angabe der besten Führer und Karten bei jedem Wandergebiet wertvoll. Auch das wesenlichste aus den Richtlinien, der Hausordnung, den Satzungen usw. für Jugendherbergen, über Wanderfreunde und Wanderer ist hier berichtet. Damit hat der Hauptauschuß für Deutsche Jugendherbergen mit seinen über 20 Zweigauschüssen mehr als papierne Erfolge betriebe. Kein Wanderer, kein Jugendwandererführer, kein Jugendwandererführer kann es ebensovienig wie die Doppelanmeldebücher entbehren, welche die Geschäftsstelle gegen Voreinsendung von 75 A für 10 Stück (Postfach 40 780) verspricht. Ein Professor erklärte kürzlich bei Gründung eines Herbergsausschusses, daß an jede Schulwand neben der Landkarte von Deutschland auch eine Leberfahnenkarte über die Jugendherbergen gehöre, um den jugendlichen Landdrang zu beleben und einen Anreiz zum Kennenlernen der Schönheiten deutschen Landes zu bieten. Die Zukunft wird ihm recht geben.

Letzte Nachrichten

Wie die Polen hausen

Königsberg, 29. Aug. Erschütternde Nachrichten kommen aus dem Soldauer Gebiet, das die Polen nach dem Rückzug der Russen wieder besetzt haben. Der Eigentümer Palast wurde beim Einzug der Polen in Soldau erschossen. Der frühere Gemeindevorsteher und Besitzer von 400 Hektar wurde aufgehängt. Die Schwester eines früheren deutschen Beamten ist vergewaltigt worden. Der 75jährige Amtsvorsteher in Groß-Roschlag und sein Weib verstarben. Derselbe wurde schwer mißhandelt und dann fortgeschleppt. 12 bis 16 Personen aus Graalen führten die Polen gefesselt ab. Ein Gastwirt aus Heinrichsdorf wurde schwer mißhandelt und blutüberströmt fortgeschleppt. Der Adjutant der polnischen Grenzpolizei in Begleitung eines polnischen Gutbesizers hat auf zwei Wagen sitzende Frauen, die ihre kleinen Kinder im Arme hielten, vom Pferde herunter mit dem Revolver geschossen. Die Polen erschritten den zurückweichenden Flüchtlingen die auf dem Wagen mitgeführten Betten und Decken und suchten nach deutschem Gelde und nahmen es ihnen ab.

Bei einem von den Russen gefangenen polnischen Unteroffizier wurde ein Tagesbefehl vom 19. August Nr. 219 Nr. IV gefunden, vom Regiment 73, in dem es heißt: Beim Einzug der Polen in Soldau ist die Stadt zu plündern. Nach Aussagen dieses gefangenen Unteroffiziers ist der polnische Truppe mitgeteilt worden, daß die Stadt Soldau angezündet werden sollte. Der Kommandant des Regiments 73 hat aber angeordnet, daß das Anzünden vorläufig zu unterbleiben hat.

Die Ueberwachung der Waffentransporte

Berlin, 29. Aug. Entsprechend dem Auftrag der Reichskommission zur Sicherung strengster Neutralität bei Waffen- und Munitionstransporten haben sich die unabhängige Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung, die vereinigten Betriebsräte, der Eisenbahnerverband Berlin, der Transportarbeiterverband, der Bezirksbetriebsrat der Eisenbahner, der Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin,

bestimmen, in Berlin und der Provinz Brandenburg Kontrollinstanzen einzurichten. Diese sind nicht berechtigt, selbständige Entscheidungen von weittragender Bedeutung zu treffen, sondern sind verpflichtet, in Zweifelsfällen sich mit der Zentralstelle der obengenannten Körperschaften in Verbindung zu setzen.

Abermalige Erhöhung der Kohlenpreise?

Essen, 29. Aug. Die Versammlung der Mitglieder des Reichslohndiskontos erklärte sich damit einverstanden, daß in der am 31. August stattfindenden Sitzung des Reichslohnverbands ein Antrag auf Freierhöhung von 9 Mark pro Tonne gestellt werden soll, falls die am 30. August stattfindenden Verhandlungen zwischen dem Zweverband und den Arbeitnehmerorganisationen nicht zur Vereinbarung einer gleichmäßigen Verteilung der Ueberarbeit auf die einzelnen Wochentage führen.

Das erste Zeppelin-Luftschiff über die Alpen

Rom, 29. Aug. Das Zeppelinluftschiff Z. 1, das als erstes lenkbares Luftschiff die Alpen überflogen hat, ist heute nachmittag hier gelandet.

Hochwasser in Schlesien

Bros, 30. Aug. Die „Bohemia“ meldet aus Reichenberg in Böhmen: Die Reife ist infolge anhaltenden Regenwetters angequollen. Die Talperze kann das Wasser, das über die Mauer hinwegfließt, nicht mehr fassen. Das Wasser steigt ständig, so daß eine Katastrophe befürchtet wird.

Abgewiesene Kommunisten

Paris, 29. Aug. Nach einer Meldung aus Belgien sollte dort gestern die kommunistische Stadtverwaltung die Geschäfte übernehmen. Da sie zur Eidesformel kommunistische Forderungen machen wollte, verbot der Minister des Innern ihnen die Uebernahme der Geschäfte und ließ das Rathaus militärisch besetzen.

Völschewistische Tribunale

Berlin, 29. Aug. Nach einer Meldung wurden in dem Prozeß vor dem Moskauer Aktionstribunal gegen die Mitglieder des sogenannten zentralen Zentrums alle Angeklagten außer dem Fürsten Kjuschow zum Tode durch Erschießen, jedoch unter Anwendung der Amnestie verurteilt.

Weitere Kämpfe in Irland

Paris, 29. Aug. Die Agentur Havas berichtet folgende Meldung aus Irland: Die Unruhen in Belfast dauern an. Es wurden zahlreiche Häuser in Brand gesetzt und geplündert. Eine Zivilperson wurde getötet, mehrere wurden verletzt. In Dundalk wurden mehrere Warenhäuser in Brand gesetzt. Dabei sollen drei Angestellte verbrannt sein.

Valuta-Bericht vom 28. August

Auszahlung Holland notierte etwa 15,99 M per holl. Gulden; Schweiz etwa 8,12 M per schw. Fr.; England etwa 176,50 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,44 M per fr. Fr.; New York etwa 49,50 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 30. August 1920

Das Hochdruckgebiet über den nordwestlichen Meeren ist von außerordentlicher Beständigkeit. Infolgedessen dauert die nördliche Luftströmung über ganz Europa und mit ihr das kühle Wetter an. Ueber Ostdeutschland, Polen und Westrußland gehen schon seit einigen Tagen ununterbrochen starke Regen nieder. In Südwestdeutschland ist zunächst keine wesentliche Aenderung der Wetterlage zu erwarten. Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 31. August, nachts: Wolfig, nur wenig wärmer und trockner.

Wasserstand des Rheins

Schifferstation 145, gef. 23; Kehl 248, gef. 22; Mayau 426, gef. 9; Mannheim 322, gef. 1 Zentimeter.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Gem. Chor betriebl. Eis-Lobfr.) Dienstag: Fortsetzung der Hauptproben. Donnerstag und Sonnabend: Solisten. Dienstag, den 7. Sept. 1920 (8 Uhr) Sängerverammlung und Familienabend im „weißen Berg“ 5117. Naturfreunde, Gau Baden. Heute abend 7 1/2 Uhr Sitzung im Lokal „Gambirushalle“ 5116.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Ehrgabende. Wilhelm Püh von Heidelberg, Schreiner hier, mit Theresia Schäfer Wwe. von Sünching, Johann Dämmer von Neusee, Friseur hier, mit Katharina Waimmer von Train, Albert Kappler von hier, Maler hier, mit Hedwig Hensenheimer von hier, Karl Littenius von hier, Metallarbeiter hier, mit Rosa Lang von Hörden, Arthur Senfleber von Laubenheim, Hilfsarb. hier, mit Emma Feldmann von hier, Ludwig Weins von Buchen, Kaufmann hier, mit Klara Nibel von Neunstellen, Jakob Weinhaupt von Gutach, Schrankentwärtner in Kirchdorf, mit Elsa Klein von hier, Eugen Meyerer von Ludwigshafen, Fabrikarbeiter, Ausba, mit Frieda Rüssel von hier, Arthur Grimm von hier, Kaufmann hier, mit Rosa Geiß von hier, Karl Ebel von hier, Hafenarbeiter hier, mit Agatha Ecklein Wwe. von Jöhnhäusen. Todesfälle. Erfa, alt 3 Monate 14 Tage, Vater Jaf. Anselm, Sicherheitspol.-Beamter. Fridolin Keller, Chemann, Zimmermann, alt 61 Jahre. Fritz, alt 16 Jahre, Vater Friedrich Lüddecke, Betr.-Leiter. Elsa Rader, ledig, ohne Beruf, alt 20 J. Karoline Jädle, ledig, Fräul., alt 57 Jahre. Emma Ernst, alt 78 Jahre, Witwe des Maurermeisters Adolf Ernst. Albert Schneider, Chem., Kaufmann, alt 65 Jahre.

Gold und Silber
Ausländische Geldsorten
Sämtliche Wert-Papiere
Kriegsanleihe etc
kaufen zu höchstem Tageskurs
Gebrüder Jung, Bankgeschäft
Karlsruhe i. B., Markgrafenstraße 20
gegenüber der Gewerbeschule - Tel. 3505
Geschäftszeit vormittags 9-12, nachmittags 2-5 Uhr.

Aus der Partei.

5. Landtagswahlkreis. Zur Belebung der organisatorischen Tätigkeit müssen die kommenden Wochen gründlich in agitatorischer Beziehung ausgenutzt werden. Besonders ist auch erforderlich, daß in den Versammlungen der sozialdemokratischen Vereine die politische Situation wie die wichtigen Parteifragen besprochen werden. Genosse Schöpslin sprach in der letzten Zeit in den Parteiveren in Blaufelden, Rastatt, Zfzshheim, Aue bei Durlach, Bruchsal, Ettlingen und Breiten. Durchweg nahmen die Versammlungen einen recht anregenden Verlauf.

Soziale Rundschau

Schlagfahne und Kinderlob

Eine Zeitung in Greifswald bringt ein Inserat eines Geheimrats Prof. Kömer, worin es heißt:

Arbeiter Greifswalds!

Ich bitte um eure Hilfe, nicht in Form von Gewaltmaßnahmen, sondern in der Wahrung gesetzlicher Vorschriften zur Durchführung gerechter, sozialer Maßnahmen. Noch immer leiden unzählige Kranke Kinder unseres Volkes in schauerlicher Weise darunter, daß wir Ärzte ihnen nicht genügend Milch, Sahne, Butter zukommen lassen können. Seht euch solche Kinder in meiner Klinik an und schickt dann eure Vertreter einmal nach Ving auf Rugen! Dort werdet ihr sehen, wie Hunderte von kleinen Weibern sich im sogenannten Familienbad halb nackt im Sande reckeln und dann in großer Kälte zum Kaffe in den Restaurants zu 5 Mark pro Portion echte Schlagfahne essen! Ich habe es mit eigenen Augen gesehen! Der Geheimrat macht darauf aufmerksam, daß Tausende von Kindern unseres Volkes sterben und verderben müssen, während Hunderte von Eltern Mühsal in den Bädern zur Herstellung von

Was ist

und was will der Sozialismus? 0,60 M.
 Kautsky und Schönland: Grundsätze und For-
 derungen der Sozialdemokratie 1,20
 Felden: Kirche, Religion und Sozialdemokratie 1,80
 Schulz: Sozialdemokratie und Schule 2,40
 Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie 1,20
 Beamenschaft und Sozialdemokratie 0,25
 Frauenstimmen zu den Zeitfragen 2,75
 Die Frauen und der politische Kampf 1,20
 Stampfer: Religion ist Privatsache 1,80
 Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus 1,80
 Bernstein: Wirtschaftswesen u. Wirtschaftswesen 6,00
 Lassalle: Arbeiterprogramm 2,40

Porto extra.
Volksbuchhandlung Adlerstr. 16
 Telephon Nr. 3701.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen
 Bezirksverein Karlsruhe.
 Dienstag, den 31. August 1920, nachmittags 5 Uhr, findet im kleinen Festsaal eine **öffentl. Profektorenversammlung** gegen die nachteiligen Bestimmungen im Reichs-Renten-Versorgungsgezet statt.
 Referent: Rechtsanwält Wolfberg-Somburg.
 Vollzähligste Beteiligung ist unerlässlich.

Achtung! Betriebsräte!!
 der Gruppe "Holzindustrie".
 Am Dienstag nachmittags 4 Uhr findet eine Sitzung im Speiseaal der Hauptwerkstätte statt.
 Tagesordnung:
 Wahl der Delegierten in den Gruppen- und Zentralrat.
 Anwesend müssen sein, sämtliche Betriebsräte folgender Gewerbe:
 Möbelfabrikation und Wohnungseinrichtungen, Küchen- und Stubenmöbel, Kontormöbel, Luxusmöbel, Baufacherei (Einheber, Bodenleger, Jaloustebrände), Theater- und Filmmöbel, Säge- und Schneidmühlen, Piano, Klavier- und Geigenbau, Stroh- und Schirmfabrikation, Knopfmacher, Kammerarbeiter, Perlmutterarbeiter, Modelltischlerei, Wäfflerei, Sargfabrikation, Holzbohrerfabrikation, Kistenmacher, Rahmennacher, Vergolder, Korbmacher, Artikel, Färben- und Pinselwerkfabrikation.
 Dazu die Gewerkschafts-Sekretäre sowie Vorstände der Ortsvereinigungen der einschlägigen Organisationen.
 5114
 Abwesen! Erscheint pünktlich und vollzählig.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Karlsruhe und „Afa“.

Bekanntmachung über die Viehzählung am 1. September 1920.
 Am 1. September 1920 werden die Bestände an Rindvieh, Schafen, Schweinen und Ziegen gezählt.
 Die Zählung wird durch die Schutzmannschaft von Haus zu Haus vorgenommen. Jeder, der Vieh der oben genannten Arten im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, seinen Bestand dem Schutzmann anzugeben. Personen, die Vieh besitzen, aber bis 5. Sept. danach nicht befragt sein wollen, sind verpflichtet, ihre Bestände schriftlich oder mündlich dem Stadt-Statistischen Amt, Röhrenstr. 93, oder den Gemeindefunktionären der Bezirke spätestens am 7. September mitzuteilen.
 Wer zur Anzeige verpflichtet ist, sie aber nicht rechtzeitig oder unrichtig erstattet, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 M bestraft.
 Karlsruhe, den 27. August 1920.
 Der Bürgermeisteramt.

Stadtgarten-Konzerte.
 In der Zeit vom 1. bis 15. September d. Js. finden im Stadtgarten bei günstiger Witterung Konzerte an folgenden Tagen statt, ohne daß besondere Anzeigen hierüber erlassen werden:
 Sonntag und Mittwoch von 4-7 Uhr nachm.
 Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr abends.
 Montags und Samstags sowie Sonntag abends werden regelmäßige Konzerte nicht mehr abgehalten.
 Die Eintrittspreise sind die üblichen.
 Karlsruhe, den 24. August 1920.
 Die Stadtgartenkommission.

Bekanntmachung
 Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.
 Die Ziehung der 3. Klasse der 16. Preussisch-Süddeutschen (242. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 9. u. 10. September 1920 stattfinden.
 Die planmäßige Erneuerung der Lose 3. Klasse hat bis spätestens Freitag, den 3. September d. Js., abends 6 Uhr, bei den zuständigen Badischen Lotterieverwaltern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.
 Karlsruhe, den 28. August 1920.
 Landeshauptkasse 2415
 als Landesbehörde f. die staatl. Klassenlotterie

Getragene Kleider aller Art
 Schuhe, Wäsche, Federbetten, Wand-
 schirme etc. kauft ständig zu höchsten Wert
 Tel. 2051 Karabunan Tel. 2051
 Jägeringstr. 50. — An- und Verkauf.

Möbel-Ausstellung

der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft
Badisch. Baubund e.m.b.H.
 Karlsruhe
 Karl-Friedrichstrasse 22
 (Lackhaus Rondellplatz)
 Täglich geöffnet von vormittags 8-12,
 nachmittags 2-6 Uhr.
 — Fernsprecher 5157 —

Zweigstellen
 in Pforzheim, Bruchsal, Mosbach,
 Offenburg, Freiburg, Villingen,
 Singen a. N. und Konstanz.

Verkauf handwerksmäßig gearbeiteter preiswerter und formschöner Wohnungs-Einrichtungen
 gegen Barzahlung oder 4341
 erleichterte Zahlungsbedingungen.

Möbliert. Zimmer
 ist sofort zu vermieten.
 Grenzstraße 24, Stb. II.

Offene Beine
 alte dörrartige Geschäfte, Kleider, Schuhe, große Auswahl über Heizung ganz neu, nur Kältemaschine erwünscht.
 August Streichert
 Wingerode (Eichfeld).
 Karlsruhe — Tel. 3243

Henninger's Gummibehölung
 mit Spezial-Maschinen wasserdicht angebracht, schont das Schuhzeug, ist unanfällig elastisch, richtig haltbar und billig.
 Keine neue Lederbezüge nötig.
 Herren-Zocken mit Wägen Nr. 28. —
 Damen-Zocken mit Wägen Nr. 25. —
 Erste Karlsruhe Gummibehölung mit Kratzebetrieb
 Hauptgeschäft: Kaiserstr. 161.
 Schuh-N. Dinger
 Kaiserstr. 161.

Schlafzimmer
 (unbekannt gewischt) 2 vollst. Betten, Kopfkissen, Matratzen u. Federbetten, Spiegel, Schrank, Nachtschrank, weicher Wärmor, fast neu, zu verkaufen.
 Händler verb. Anzahl. von nachm. 4 Uhr u. Sonntag
 Wagnmann, Hl. Landstr. 10, 5. 5109

Kleider
 Uniformen, Wäsche, Schuhe, Vorhänge und Federbetten, samt fortwährend zu haben in Reichertstr. 22, II. Eifenweinstr. 42, Tel. 8860.

Von der Reise zurück
Dr. Kahn
 Kriegsstrasse 130. 5118

Herren- u. Damenstoffe
 in allen Preislagen und guten Qualitäten, sowie feine Maßarbeit empfiehlt
Leo Cahnmann,
 Herren- u. Damenschneiderei
 Werderplatz 33. 5068
 Stoffreste und Schneiderartikel.

Chormeister
 für größeren Befangverein (100 Sänger), in Durlach erwünscht. Best. Offerten unter Nr. 5122 an das Büro des „Volkshilfsfreund“ erbeten. ::

Schönschreibkurs
 Spezialkurs für Erwachsene.
 Donnerstag, 2. September 1920
 Beginn: Nachmittags 1/8 und abends 1/8 Uhr.
 Honorar Mk. 20. — Erfolge bekannt.
F. Buck, Karlsruhe, Lessingstr. 78
 Kinder nur Vormittag und Nachmittag!
Jede Schrift wird schön.

Oelfarben — Lackfarben
 schnelltrocknend — gebrauchsfertig für Anstriche aller Art
Maler-Artikel
 vortrefflich 4784
 im Farbengeschäft, Waldstraße 15, beim Colosseum. 5112

Neues Sauerkraut
 ist in unseren sämtlichen Verkaufsstellen erhältlich
Gebr. Hensel.

Druckjacke prima Qualität, eigenes Fabrikat, in verschied. Preislagen sowie Herren-Sportgürtel hat abzugeben
 Max Oswald, Sattlerei, Karlsruhe
 Schützenstraße 42

Kleilverkaufspreise für Gemüse und Obst.
 für die Zeit vom 31. Aug. bis 6. Sept. 1920.

Gemüse	Preis	Obst	Preis
Rangold	20	Aufschäumen	60
Spinat	50	Ziegenbohnen	35
Blumenkohl	150-160	neue Kartoffeln	15
Weißkraut	25	Kürbis	30
Rotkraut	45	Melonen	30
Wirsing	25		
Grüne Bohnen, gelb	10	Kopfsalat	15-25
Weiße Bohnen, rot	30	Einmachgurken	3-5
Karotten	35	Salamgurken	10-30
rote Mören, Kraut	20	Salatgurken	30-60
Kopfsalat	25	Endivien	15-20
Wirsing	25	Mettich	5-15
Tomaten	50-60	Wurde	10
Lauch	40	Gisapfen	20
Rhabarber	25	Wienerrettiche	20
Wirsing	25		

Obst

Obst	Preis
Brombeeren	140
Rindbeeren	100
Zart. Stacheln	30
Edelbirnen	140-160
Weinbergsäure	80-100
Wirsing	80
Wirsing	80

Diese Preise wurden im Benehmen mit der Bad. Gemüse- und Obstverwaltung und dem Bad. Landespreissamt festgesetzt.
 Ihre Heberzeugung wird gegebenenfalls als übermäßige Preissteigerung angesehen.
 Anreifes Obst wird beschlagnahmt!
 Karlsruhe, den 27. August 1920.
 Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.
 Kommunalverband Karlsruhe-Land.
 Preisprüfungsamt Bezirk Karlsruhe.

Geschäftseröffnung und Empfehlung.
 Neu eröffnet: Wielandstr. Nr. 8.
 Fabrikniederlage der Firma Louis Burkhardt & Co.
 Fabrik für Tabakfabrikate Bergzabern. 4984

Günstigste Einkaufsquelle für Raucher, Grossverbraucher und Wiederverkäufer.

1a Cigarillos von 35 S an
1a Cigarren von 50 S an
 Auf die innerst gestellten Ladenpreise bei Abnahme von 100 Stück — 10% Rabatt. —
Prima Rauchtobak 100 Gramm Mk. 3.80
 Man beachte Schaufenster!

Ein Waggon
 erhalt. Sagen-Schichtholz, Dachstuhl, Decke, Latzen zu verkaufen.
 Durlacherstr. 17.

Robrstühle
 werden dauerhaft ge-
 flochten u. repariert, auch
 mit echt japanischem Rohr.
 H. Seitel, Waldstr. 35,
 Stb. II. Auch nach auswärts.
 Rohstoffe genügt.

Wanzentod
 zur Selbstvergiftung
 sicher wirkend, erhältlich
 bei H. B. H. Dr. Springer
 2416z

Markgrafenstr. 52
 Karlsruhe — Tel. 3243

Durlacher Anzeigen.
 Freireligiöse Gemeinde Durlach.
 Wiederbeginn des 5121
Jugend-Unterrichts
 am Mittwoch, den 1. September.
 1. Klasse 1/2 Uhr, 2. Klasse 3 Uhr, oberste Klasse 4 Uhr.

Kleilverkaufspreise für Obst und Gemüse
 für die Zeit vom 31. Aug. bis 5. Sept. 1920.

Gemüse	Preis	Obst	Preis
Rangold	20	Aufschäumen	60
Spinat	50	Ziegenbohnen	35
Blumenkohl	150-160	neue Kartoffeln	15
Weißkraut	25	Kürbis	30
Rotkraut	45	Melonen	30
Wirsing	25		
Grüne Bohnen, gelb	10	Kopfsalat	15-25
Weiße Bohnen, rot	30	Einmachgurken	3-5
Karotten	35	Salamgurken	10-30
rote Mören, Kraut	20	Salatgurken	30-60
Kopfsalat	25	Endivien	15-20
Wirsing	25	Mettich	5-15
Tomaten	50-60	Wurde	10
Lauch	40	Gisapfen	20
Rhabarber	25	Wienerrettiche	20
Wirsing	25		

Obst

Obst	Preis
Brombeeren	140
Rindbeeren	100
Zart. Stacheln	30
Edelbirnen	140-160
Weinbergsäure	80-100
Wirsing	80
Wirsing	80

Obst.

Obst	Preis
Brombeeren	140
Rindbeeren	100
Zart. Stacheln	30
Edelbirnen	140-160
Weinbergsäure	80-100
Wirsing	80
Wirsing	80

Rechtlicher Hinweis
 Die Preise wurden im Benehmen mit der Preisprüfungscommission in Karlsruhe festgesetzt. Ihre Heberzeugung wird gegebenenfalls als übermäßige Preissteigerung angesehen.
 Durlach, den 28. August 1920. 2413
 Bürgermeisteramt.

Rastatter Anzeigen.
 Am Mittwoch, den 1. September, findet eine Viehzählung statt, welche von Haus zu Haus in jeder Haushaltung durch die von uns damit beauftragten Personen vorgenommen wird.
 Es ergeht an die Viehbesitzer das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß jemand zu Hause ist, der zuverlässige Auskunft zu erteilen vermag.
 Rastatt, den 27. August 1920.
 Der Gemeinderat.

Baden-Baden.
 Nachstehend geben wir die zur Zeit gültigen Kohlenkleinhandelspreise bekannt:
Preis für 1 Zentner:

Sorte	ab offener Waggons	ab Lager	offen in den Waggons	in den Waggons
Ruhr-Echtholz	20,20	21,40	22,60	22,90
" Echtholz	20,15	21,35	22,55	22,85
" Fettholz u. Wäldchenholz	19,-	20,20	21,40	21,70
" Fettholz I und II	20,40	21,60	22,80	23,10
" Fettholz III	20,35	21,55	22,75	23,05
" Fettholz I und II	21,65	22,85	24,05	24,35
" Fettholz III	21,10	22,30	23,50	23,80
" Schmelzholz III	20,40	21,60	22,80	23,10
" und	19,25	20,45	21,65	21,95
" Anthrazitkohle I	21,85	23,05	24,25	24,55
" II	23,60	24,80	26,-	26,30
" III	21,85	23,05	24,25	24,55
" d. Reihe Langenbrunn Anthrazit-Eisenerz	23,75	24,95	26,15	26,45
" Anthrazit-Eisenerz	29,-	30,20	31,40	31,70
" Anthrazit-Eisenerz	28,90	30,10	31,30	31,60
" Grobholz (Eisenerz)	24,20	25,40	26,60	26,90
" Brechholz I	23,35	24,55	25,75	26,05
" II	23,40	24,60	25,80	26,10
" III	23,25	24,45	25,65	25,95
" I Conditio	26,40	27,60	28,80	29,10
" II	26,15	27,35	28,55	28,85
" III	25,90	27,10	28,30	28,60
" Draufholer-Union	14,45	15,65	16,85	17,15

hierzu die Zonenzuschläge von 30 Pfg. für die zweite und 60 Pfg. für die dritte Zone je Zentner. 2414
 Kohlenstelle.